

# Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der "Cübeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu bezahlen. — Abonnementpreis vierjährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die schauplatzene Pauschale oder deren Raum 35 Pf., Versammlungs-, Werbe- und Wohnungsanzeigen 25 Pf., auswärtige Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in die Expedition abgegeben werden.

Nr. 82.

Dienstag, den 9. April 1918.

25. Jahrg.

## Alles steht Kopf.

Im Westen bluten und sterben deutsche Männer und Jünglinge. Im Westen tobte die gewaltige Schlacht, die je in einem Kriege, die selbst im Weltkrieg geschlagen worden ist.

In der Heimat geht die Jagd nach Gewinn ungestört weiter. Der Kapitalismus ist seelenlos, kennt kein Gefühl für menschliche Leiden, weiß nichts von brennenden Augen und röchelnder Brust. Er geht seinen Weg der Bereicherung unbekümmert und unberührt, mögen auch im Westen die Kämpfer zu Tausenden fallen.

Habt ihr mal etwas von einem Fall Daimler gehört? Wer denkt heute noch seiner? Die gerichtliche

Sühne wird vorbereitet? Hm, wer hat darüber etwas vernommen? Und wenn auch, die Richter haben die Philippis in Wiesbaden freigesprochen, obwohl deren Fall ganz ähnlich lag. Im Reiche des Kapitalismus ist es nicht so leicht, festzustellen, wann ein Kapitalgewinn übermäßig ist, wenn nicht, wenn er an Wucher grenzt, man nicht. Und die Philippis und Daimler sind doch wahrlich nicht die einzigen. Wer aber will die Tausende von Betrieben unter die Lupe nehmen und sie zur Praxis des "ehrlichen Kaufmanns" zurückführen? Alle bereichern sich, die irgendwie Gelegenheit dazu haben; weshalb soll ich allein der Dumme sein?

Gerade die Kenner, die Eingeweihten, die Machterhälter über die Reichstagsdebatten und die törichtlichen Zukunftsvorstellungen, die den aufschreitenden Reichsbürgern zur Beruhigung verabreicht wurden. Sie wissen, daß der Kärm rasch vergeht, in Kriegszeiten mit ihren wahnwitzigen Ereignissen zehnfach schnell. Das System ist aber bestellt unerschüttert weiter. Mit dem System ist untreinbar die wilde Jagd nach schrankenlosem Profit verbunden.

Sie läßt sich ja schon längst nicht mehr eindämmen. Denn von der Erzeugung über die Verteilung bis zum Verbrauch steht alles Kopf. Der Krieg, der nach seinen Lobrednern die sittliche Lärterung bringen sollte, hat in Wahrheit die ganze bürgerliche Gesellschaft außer Rand und Band gebracht, alle öffentlich-rechtlichen Begriffe umgekehrt. Es ist seit langem platterdings

unmöglich, ein ehrlicher Mann

und gesetzestreuer Staatsbürger zu sein. Der Hang zur Gesetzlosigkeit hat sich überall und nach allen Seiten verbreitet. Er herrscht und alle unterwerfen sich ihm oder müssen es tun, um das Leben zu retten.

Bei Kriegsbeginn hat es da und dort in Handel und Wandel nach Regelungen gegeben, die von der geschäftlichen Rechtschaffenheit des "ehrlichen Kaufmanns" und soliden Bürgers eingegangen waren. Es hat Firmen gegeben, die damals gewissenhaft ihre Öfferten direkt bei der Heeresverwaltung eintreichten. Sie vermochten in vielen Fällen leider die Aufmerksamkeit der vergleichenden Instanzen nicht auf sich zu lenken, denn der Schwarm von Vermittlern drängte sich zwischen sie und die Behörde, schob sich vor, bahnte sich den Weg mit allen Mitteln und der rechtssichere Lieferant hatte das Nachsehen. Man hörte von alten Firmen, von ersten Händen, daß sie sich damals verärgert und empört zurückzogen, weil sie lediglich geschult waren, die Konkurrenz, aber nicht das Strafgesetzbuch zu besiegen. Das dauerte nicht lange. Bald trat in den Kreisen der Erzeuger und Kaufleute der psychologische Moment ein, wo

Ehrlichkeit in Dummheit umschlägt,

Eigenliebe und Familiensinn, Firmenstolz und bürgerlicher Name standen auf dem Spiel: man ist doch sich selbst, und seiner Familie, der Firma und der sozialen Stellung schuldig, nicht zurückzubleiben! Man zögerte wochen, sogar monatelang, und dann ging man hin und tat desgleichen.

Man fand bald, daß ja nichts dabei ist. Mein Gott, es ist ja Krieg! Viele Prozente Vermittlergebühr, viele Prozente Aufschlag wegen allgemeiner Geschäftserhöhung, wegen gestiegener Rohpreise und der berühmten Löhne, es trug Millionen. Nur etwas verminderte Qualität, nur kaum merkliche Verwendung der im Kriege so beliebten Erzeugsteine, nur kleine Nachhilfen da und dort — die Konkurrenz verschafft ja nicht besser — und nie gehänter Reichtum ist die Frucht. Man kann doch

allein keine Ausnahme

machen. Zum Hinter noch mal, man wird doch nicht der Narr der Unstimmigkeit sein!

Und erst im Handel! Die sonst langsam rollenden Waren flogen bald nur so von Hand zu Hand. Was hatte man vor dem Plädoreien mit Maß und Gewicht, mit Proben und Proben, mit Mängeln und Rücksendungen. Jede Übergabe und Übernahme war ein kleines Fegefeuer, die Preisberechnung ein Martyrium. Man rechnete mit Bruchteilen von Prozenten, man wog die Speisen auf der Goldwaage, man sparte an Kosten und Unterkosten. Aber jetzt! Man gab und nahm am Kaffeetisch Wagnisse, unbesehen, die Geschäftlichkeit spielte keine Rolle. Ware, nur Ware! Man stieg auf. Fünf, zehn, zwanzig Prozent — siehe da, es ging! Das Publikum schrie, aber es

bezog! Es regnete Verordnungen gegen die Preisabschaffung. Das Papier ist eben geduldig. Man sperrte Leute ein, aber man fing kaum einen von hundert und jeder Fang verbesserte bloß die Aussichten derer, die noch frei waren. Und das waren und sind die vielen.

Beispiele ziehen, das Glück steht an. Die Kleinen hatten es bald heraus, wie's die Großen treiben, der Großteil lernt vom Großten, der Nachbar vom Nachbarn. Steht irgendwo geschrieben, daß gerade der Händler nicht verdienen soll, wo alles verdient? Man wird sich doch nicht vor seinen Freunden und Nachbarn lächerlich machen? Die

Ansteckung geht weiter.

Sie dringt vom Markt ins Geschäft, von der Stadt auf das Land. Und der Bauer kräfft sich hinterm Ohr: Sollen etwa wir die Narren sein? Und dann gibt es kein Halten, bis nach und nach das Pfund Bohnen 5 Mark kostet und das Pfund Butter 25. Alles hintenherum!

Das Publikum, die Verbraucher schreien, und die Verordnungsmaschine wird in Bewegung gesetzt. Immer wieder, immer wieder. Es regnet Hochpreise. Enttäuscht und verärgert ziehen sich Erzeuger und Händler zurück. Wartet nur, ihr werdet schon firre werden! So hat man die Kartoffelpreise immer wieder hinaufgetrieben, so hat man von Zeit zu Zeit Zuckerklammern veranstaltet, um Preiserhöhungen verdaulicher zu machen, so ist man bei den meisten Waren verfahren. Gewiß hat irgendeine Firma unanständigerweise damit begonnen, die andern sind erst zägernd, dann mit verdoppelter Hast nachgefolgt. Es ist eben so hart, als der dumme Kerl der Branche zu gelten.

Zögernd folgten auch die Verbraucher. Es hat anfangs tatsächlich einzelne bürgerliche Familien gegeben, die es für schmachvoll hielten, die Vorschriften zu übertreten oder gar zu hamstern. Einige haben ein halbes Jahr, selbst ein Jahr standgehalten. Wer Vorräte hatte, schwieg zuerst verschämt. Wie bald war das aber vorbei! Einer erfuhr vom andern, daß ein Dritter sich um die lächerlichen Vorschriften nicht kümmere, und einer um den andern begann für sich eine Ausnahme zu machen. Man erfuhr später, daß Leute in höheren Stellungsklassen, öffentliche Anstalten, selbst Amtler sich um die Höchstpreise nicht im geringsten scherten. Offenbar war die Not gar nicht so ernst! Wenn schadet es also, wenn der eine oder der andere der Verordnung eine Stase dreht? Es handelt sich doch um Millionen Menschen, da macht das bischen, was der einzelne voraus hat, ohnehin nichts aus, im Gegenteil, er entlastet bloß die öffentliche Verpflege. Um solche und andere Scheingründe ist man niemals verlegen. Schließlich, man hat ja die Pflicht, für die Seinen vorzusorgen! Man hamstert, nun umgeht die Vorschriften, man fängt an, sich der Vorräte zu rühmen, man

empfiehlt einander die Schleichwege.

Das Publikum hat so die Ernährungsvorschriften durchlöchert, bevor sich noch ihr furchtlicher Ernst gezeigt hat. Alles hintenherum!

Sobald aber die wirkliche Bedrängnis kam, brach der Rest an moralischer Widerstandskraft zusammen. Nun hatte die Gesetzeslosigkeit schon die Kraft des gesellschaftlichen Vorurteils: Das tut jeder! Gedert muß das tun! Der gelegentliche Schleichweg wird zum zweiten Verjüngungssturm, zum ordentlichen Schleichhandel. Der Schleichhändler wird eine feste Berufsart. Dunkle Cristensen vermittelten diesen Verkehr, aber die ganze honorige bürgerliche Welt benutzt ihn und befestigt diese Einrichtung als eine Selbstverständlichkeit. Jeder Restaurateur und Hotelier empfängt täglich die Agenten, die ihm Mehl, Eier, Fleisch, Butter und Schmalz anbieten, und ist froh, sie zu sehen. Jeder bürgerliche Haushalt hat seine Adressen. Man kauft in den vornehmsten Geschäften Tuche und Schuhe mit einem Aufgeld von Mehl und Spek. Die größten Firmen liefern mit Vorliebe gegen Naturtausch. Man kauft Zement gegen Kohlen, Kohlen gegen Seife, Butter gegen Zigaretten, Seide gegen Spek. Federmann weiß das und jedermann sagt sich: Soll

ich allein der Narr

des Gesetzes sein? Warum gerade ich?

Federmann sagt sich das, aber nicht jedermann weiß sich hintenherum zu versetzen. Der Ausweg durch den Schleichhandel mittels Phantasiepreisen ist den meisten verweht. Die oberen Schichten, die über Ware oder über genügend Geld verfügen, mögen sich so, wenn auch mit gewaltigen Unkosten, ein gutes oder doch auskönnliches Leben sichern. Eine kurze Überlegung lehrt, daß alle jene, die wenig bemüht sind, die nicht den beschwerlichen Klassen angehören, die zehn Stunden des Tages arbeiten oder die gar keine geschäftlichen Beziehungen haben, völlig hilflos sind und ganz unversorgt bleibben. Diese sind auf Ehrlichkeit und Gesetz angewiesen. Sie müssen von dem leben, was ihnen der staatliche Ernährungsdienst bietet, und verfügt dieser, so sind sie zum Hungern verurteilt. Ein seltsamer Zustand, eine auffällige Ironie, daß jene Klassen, die man die staatsverhaltenden nennt, von der Gesetzeslosigkeit, die sogenannten Staatsfeinde sind, die

Klassen vom Gesetz leben! Es gibt zu denken, daß die sogenannten Staatsfeinde nach staatlicher Ordnung, die Staatsfreuen aber nach Beseitigung aller staatlichen Regelung schreien, daß jene besser bei öffentlicher Regelung, diese besser bei der Anarchie gedichten.

Bon der Erzeugung der Lebensgüter über den Handel zum Verbrauch überall dieselbe Leidenschaft des Sinnes für Gleichheit, dasselbe Schwinden der einstmal geltenden bürgerlichen Rechtschaffenheit. Der Krieg hat Kräfte entfesselt, die das ganze Bild der Gesellschaft gewandelt haben. Die Kosten, Lasten und Beschwerden der Umwälzung haben die Volksmassen zu tragen.

Wo bei unter Massen nicht etwa nur die Arbeiter, sondern auch die ganze Beamtewelt und der ganze Mittelstand zu verfechten ist, soweit er sich nicht durch Schleichhandel schadlos zu halten sucht. Diese Massen büßen täglich in erschreckender Weise dafür, daß Gesetz und Verwaltung trotz aller papieren Verordnungen praktisch vor den Bevölkernden und Spezialisten versagen. Agrarier liefern nicht, was ihnen auferlegt wird; Mühlen und Bäckereien mahlen und backen hintenherum. Kaufleute und Nichtkaufleute treiben Ketten- und Schleichhandel; kapitalistische Unternehmer bereichern sich funlos an Staatsleistung. Die Massen dagegen leiden furchterlich an Überarbeit und Unterernährung, und die öffentliche Gewalt ist so gut wie ohnmächtig den einen wie den andern gegenüber. Was geschieht, genügt nicht, und genügt von Tag zu Tag weniger. Es allgemein in die staatliche Ohnmacht, daß es dem rechtmäßigen Bürger — wenn dieser irgendwo noch aufzutreiben ist — ebenso schwer ist, ehrlich zu bleiben, wie dem Bettler jetzt zu werden.

Das ist der Krieg, die er großer Erneuerer der Sittlichkeit und des Rechtes. Das ist das kapitalistische System, dessen schrankenlose Wiederherstellung die liberalen und konservativen Wurführer fordern.

Das ist der Segen, den beide zusammen den Massen des Volkes bringen.

Die Bevölkernden aber nehmen an der Anarchie keinen Anstoß, denn sie gewährt ihnen die Möglichkeit, sich hintenherum zu verjüngen. Sie sind lärmende Wurfleiter einer Durchdringung Russlands, um dort die Anarchie zu beseitigen und die Ordnung herzustellen. Im eigenen Lande aber wehren sie sich gegen die Ordnung und preisen die Anarchie, die ihnen ein austümliches Dasein ermöglicht.

Alles hat sich verkehrt. Alles steht Kopf.

## Die Kampflage.

Den Kämpfen um Amiens hatte sich nun ein heftiges Ringen im Compiègne zugesellt. Die südliche Frontstellung ist ebenfalls zum Brennpunkt der neuen Kämpfe geworden. Die besten Streitkräfte des französischen Kaiserheeres wurden zur Verteidigung dieser Stellung aufgeboten. Die Militärtitler sehen auf Grund der leichten Meldungen aus Joods Hauptquartier harre Kämpfe um die Driftastour und andere starke Punkte dieses zu unerwarteter Wichtigkeit gelangten Abschnittes voraus. Aus Vorsicht wird die Zivilbevölkerung von Compiègne, dessen wertvolle Baulichkeiten schwer gesitten haben, in aller Eile nach Rouen befördert.

Die Franzosen, die südlich der Oise den Engländer vor kurzem ablösen muhten, hatten in der Oise und ihren breiten Sümpfen einen guten Fronthindernis, sowie in dem leicht steigenden Gelände starke Verteidigungsmöglichkeiten. Einen ausgezeichneten Stützpunkt boten die Höhern der Zwillingeberge bei Amiens und eine glänzend ausgebauten Rückendeckung der sumpfigen Wald bei Coucy. Denoch konnten die Franzosen nach zweitägiger schwerer Artillerievorbereitung dem vorbrechenden Angriff nicht standhalten. Der manuhaite Widerstand der vorderen Stellungen war bereits am Vormittag gebrochen. Das Tagesziel weit überstreitend, erreichten unsere Truppen die Linie der Bahn Chauny-Barisis-Gohain und ließen an vielen Stellen darüber hinaus vor. Nach dem gestrigen Abendbericht sind sie in weiteren Vordringen und haben die Franzosen aus ihren starken Stellungen auf die Höhen östlich Coucy le Chateau geworfen.

Über das deutsche Vorgehen gegen Amiens liegen noch folgende Meldungen vor:

Wood, der Korrespondent der "United Press" meldet: Allgemein glaubt man, daß Amiens das Ziel des deutschen Angriffs ist und die Alliierten haben demnach ihre Vorbereitungen getroffen. Militärische Fachleute halten es für wahrscheinlich, daß die Deutschen noch weitere Divisionen in den Kampf bringen werden, bevor die Hilfsquellen der Offensive erschöpft sind. Diese Divisionen sind bereits hinter den Linien verfügbare. Die Reserven haben noch nicht am Kampf teilgenommen.

Der "Basler Anzeiger" berichtet: Mit der Einnahme von Merzig stehen die deutschen Truppen nun mehr im

Rücken der französischen Winterstellung zwischen Aves und Aire, nur etwa 10 Kilometer von der Somme entfernt, und näher bei Amiens als die nordwestlich von Bessers Brestoix stehenden Engländer. Schweizer Blättern zufolge werden seit einigen Tagen keinerlei Güter mehr auf der französischen Linie Bortaux-Besencourt angenommen. Man führt dies auf Truppenverschiebungen zurück. Nach dem "Basler Anzeiger" hat die überaus kritische Lage für die Engländer und Franzosen in dem siebenhaften Einschätzen aller verfügbaren Kräfte Ausdruck gefunden.

"Lyon Républicain" zufolge erstattete Clemenceau in den Vereinigten Kammerausschüssen für Heereswesen und Auswärtiges einen eingehenden Bericht über die militärische Lage und die angebliechen Operationen. Clemenceau gab zu, daß die Ausgabe für die Alliierten außerordentlich schwierig sei, aber sie hätten ja glänzende Truppen. Deshalb habe er volles Vertrauen auf den Erfolg. — Der Munitionsminister Loucheur gab jedoch lange Erklärungen über den Stand der Rüstungen ab, sowie über die Rolle jeder einzelnen Waffengattung bei den letzten Kämpfen. Loucheur belegte ziemlich, daß die Herstellung von Munition und Kampfmitteln auch in den letzten Monaten noch stieg.

Wie wir bereits vor einigen Tagen meldeten, hat Lloyd George die englischen Kolonien zur Hilfeleistung aufgefordert. Auch an Indien ist der Hilferuf ergangen, wie folgende Meldung zeigt: Nach einer Neutermeldung forderte der Premierminister die Regierung und das Volk von Indien durch ein Telegramm an den Vizekönig auf, ihre Leistungen für den Krieg wesentlich zu verstärken. Der Vizekönig erklärte in seiner Antwort, ganz Indien sei durch die hochherzigen Dose für die Freiheit der Welt tief ergripen. Der jetzige verzweifelte Kampf werden den Fürsten und Völkern von Indien die im Osten von Europa her drohende schwere Gefahr eindrucksvoller machen. Der Vizekönig werde sie zu den äußersten Anstrengungen für die Ideale des britischen Kaiserreichs anspornen.

Zu einem Kampftag gegen den Krieg und Lloyd George gestaltete sich die Jahresversammlung der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands. In ihrer Schlusssitzung nahm sie eine Entschließung des Inhalts an, daß nur ein baldiger demokratischer unangreifbarer Verhandlungsfriede die Völker vor gänzlicher gegenseitiger Vernichtung, Krieg und Bankrott bewahren könnte. Der Vorsitzende der Bergmanns-Union Smillie bezeichnete bei Einbringung dieser Resolution Lloyd Georges neuliche Neuherzung, daß der letzte Mann im Kampf den Ausschlag geben werde, als lächerlich und trivial. Er beschuldigte Rinnstein-Presse und betonte unter dem Beifall der Delegierten: Wie ich nicht wünsche, die Deutschen unser Land überrennen zu lassen, wünsche ich nicht, daß wir Deutschland überrennen." Frau Snowden sagte, die Entschließung unterstützend: Wenn von dieser Versammlung ein Motiv ausgehen sollte, ist es dieses: Nie wieder mit Lloyd George! Das ist für mich keine rhetorische Phrase. Ich hoffe, daß auch Ihr alle ihn fürchten wollt. So lange Männer, wie Lloyd George an der Spitze stehen, ist für unser Land und die ganze Welt keine Hoffnung. Unter Beifall empfahl die Rednerin, die Kandidatur Lansdownes für den Premierministerposten zu unterstützen, sofern sich derselbe für einen reinlichen Frieden erklären sollte. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

#### Der deutsche Abendbericht.

WTS. Berlin, 8. April, abends. (Amtlich.)  
In Fortführung unseres Angriffs auf dem Südufer der Oise wachten wir den Feind aus seinen starken Stellungen auf die höheren östlich Coues le Chateau.

## Was der Krieg bringt.

#### Die Glutopfer des Krieges.

Das "Serner Tagblatt" meldet, daß der Gesamtverlust seit Kriegsbeginn bis heute allein an Toten 11 Millionen Mann beträgt. Der englische Verlust an Toten beläuft sich auf 1 Million, der französische auf 2 Millionen und der russische auf 6 Millionen.  
Und immer höher steigt der Blutstrom.

#### Die Kämpfe in der Ukraine.

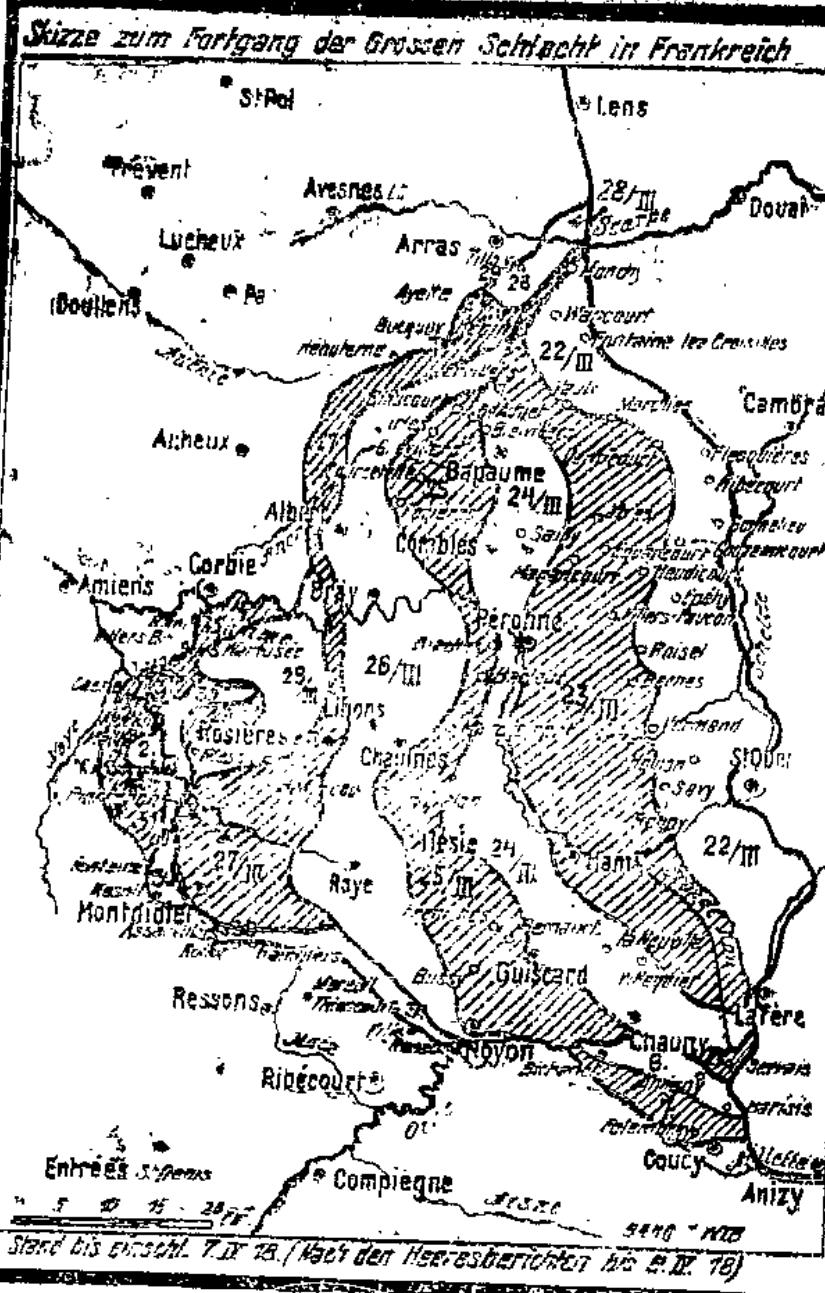
Noch einer russischen Meldung wurde die Sathination Glou-Tschapow bezeugt. In Poltawa erhielten die Deutschen 50 Millionen Weizen, die zunächst nach Deutschland ausgeführt werden sollen.

#### Zu den Friedensverhandlungen Russlands mit der Ukraine.

meldet die P. T. A.: Der Ausdruck für die auswärtigen Angelegenheiten übermittelte am 3. April dem Ministerium der ukrainischen Volksrepublik in Kiew folgende Note: In Bezug des Minnerrats der Volksrepublik entschließt. Friedensverhandlungen einzuleiten, obwohl die Regierung der russischen Republik, da sie durch das Ultimatum vom 21. Februar und durch den Vertrag von Brest geschwungen sei, einen Frieden mit dem Ministerrat der ukrainischen Volksrepublik zu schließen, als Verhandlungsort die Stadt Smolensk sei. Wir dringen als Verhandlungsbeginn den 5. April laufenden Jahres in Poltawa. Bis den angeblich zwischen den feindlichen Völkern geschlossenen Frieden antritt, so lehnt das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik nachdrücklich diese Bezeichnung des blutigen Kampfes, der sich in der Ukraine entwirkt, ab. Die Sowjet-Regierung in Russland zieht nicht Krieg gegen die gegenwärtige Volksrepublik der Ukraine. Der gegenwärtige Krieg spielt sich zwischen zwei Parteien des ukrainischen Volkes ab und es kann sich nur um die inneren Spannungen handeln, welche die einzelnen Teile des ukrainischen Volks allein, den Arbeitern und Beamten der Ukraine entgegenstehen. Das Volkskommissariat für die auswärtigen Angelegenheiten, Tschitscherna.

#### Die Kämpfe in Finnland.

Die "Tages" vom 1. April meldet aus Petersburg: Nach den letzten Nachrichten haben die Deutschen mit der finnischen Garde gegen drei Einheiten der finnischen Garde auf der Seite und Schneiders bestellt. Dies bestätigt, daß die Wehrmacht sich gegen die Rote Garde erhebt wird, was zu einer direkten Konfrontation führen. Die Russen versuchten gegen ihre Schiffe in die See, die deutsche Flotte ist gegen sie.



## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Eine Rede des Reichskanzlers

ist nach der „Germania“, die sich über die Absichten des Kanzlers wiederholt als gut unterrichtet gezeigt hat, beim Wiederzusammentritt des Reichstages zu erwarten. Graf Hertling werde über die politische Lage sprechen. Vorausgesetzt werde bis dahin der Friedensvertrag mit Rumänien unterzeichnet sein, sodass Graf Hertling auch über unsere neuen Beziehungen zu Rumänien sprechen könne und weiter werde der Kanzler sich mit den in der jüngsten Rede Czernins aufgeworfenen Fragen befassen.

### Der Kanzler wird nicht reden.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Annahme verschiedener Städter, dass der Reichskanzler zunächst eine große politische Rede halten wird, ist, wie wir hören, unrichtig. Der Reichskanzler steht auf dem Standpunkt, dass bei der jetzigen Zeit der großen Taten die Worte sich erübrigten.

Wenn wir auch sonst nicht viel auf die Redereien der Staatsmänner geben, so würde vielleicht gerade jetzt ein gutes Wort des Reichskanzlers auch einen guten Ort bei manchem der Gegner gefunden haben.

### Zur Reichstagssatzungswahl in Zwickau

W von der Kreisgeneralversammlung der Genossen Bezirkssekretär Richard Meyer-Zwickau aufgestellt. Der Kreis war bisher bekanntlich durch den verstorbene Abg. Stolle-Schau vertreten.

## Lübeck und den Nachvorgebieten.

Dienstag, 9. April.

### Gebet eines Kindes.

Von Franz Wedekind.

Wann endlich wird der milden Welt  
Die heilsame Ruh beschieden,  
Die über uns am Himmelszelt  
Befestigt der Sterne ew'gen Frieden?

Glückseliger Tag, wenn einst hiernieder  
Das wüste Toben eingestellt,  
Ich liebend in die Arme füllt,  
Was sich von Anbeginn gnießen!

Du heil'ge Nacht, aus Kampfgebräus  
Fließ ich mit zitternder Gebürde  
Zu dir, daß uns geholfen werde.

Gieß deinen milden Segen aus  
Und sieh, es würde dieses Haus  
Zum schönsten Paradies der Erde!

(„Die vier Jahreszeiten“, Gedichte.)

### Eine öffentliche Frauenversammlung

findet am kommenden Donnerstag im Gewerkschaftshaus statt. Genossen Juchach-Berlin, Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, mit einem Vortrag über „Friedenshoffnungen und Friedenswünsche der Frauen“ halten. Dann spricht Genosse Stelling über das nicht minder aktuelle Thema „Die Unterstützung der Kriegerfamilien“. Die Genossen und Genossinnen werden erucht, für einen zahlreichen Besuch der Versammlung zu werben. Es findet eine freie Aussprache statt.

**Mehr dummen als giftigen Geifer.** In den vaterländischparteiischen „Lübeckischen Anzeigen“ bringt Dr. Krannhals, den die Ironie des Schicksals auf den Redaktionsschrein dieses hochbetagten Blattes gesetzt hat, einen Ludendorff-Artikel zum heutigen 53. Geburtstage dieses verdienstvollen deutschen Heerführers, den die Altdenkmäler gern als ihrer politischen Bannträger anzusehen pflegen. Dazin heißt es u. a.:

„Unsere Feinde wussten, dass am deutlichen Heczen jede Silbe überallzuviel mache, die sich gegen den Helden Hindenburg irgendetwie hätte wenden wollen. Sie wussten, ebenso wie wir es wissen, dass höchstens nur Fremdstämme oder solche, die mangels eigenen Geistes diesen Fremdstämmigen nachhoben, in Deutschland den traurigen Mut finden können, gegen Menschen, deutsche Menschen wie Hindenburg anzugehen. So ist es ja auch jetzt nur der Frankfurter Zeitung, dem Berliner Tageblatt und einer Reihe sozialistischer journalisticcher Stiefelpuscher vorbehalten geblieben, die großen Worte, die Hindenburg über Krieg und Frieden unter dem Volk zu sagen hatte, mit ihrem mehr als giftigen Geifer zu bespucken. Nur gloriosster heftet sich sein Bild und, was mehr ist, hebt sich sein Wollen von diesem Hintergrund ab. Das Wort eines feindlich geworfenen Sozialdemokraten: Wir gehen zum Hindenburg, — es schreitet hinweg über diese Kleinen und hat das deutsche Volk hinter sich. ... Wenn Hindenburg sagt: „Die Tat ist der Deutschen Stolzes Wort“ — und wenn Ludendorff sagt: „Noch steht die Tat über dem Wort“, so ist das All-Eines von zwei Seiten. Zwei Seiten sind sie darum auch unseres deutschen Werkes. Kraft und Geist!“

Das lübeckische Amtsblatt steht es, die Rose des Heldenpielers einzunehmen. Aber jeder weiß, dass das von ihm geschwungene Schwert nur von Pappe ist. Kraft und Geist sind Dinge, die ihm schon ganz fehlen und an deren Stelle es das Kraftmeiertum setzt. Das Recht der eigenen Meinung andern gegenüber erscheint ihm als trauriger Mut, den nur „Fremdstämme“ finden; zu dem

## Der amtliche Kriegsbericht.

WB. Großes Hauptquartier, 9. April. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Schlachtfest entzweiten sich vielfach lebhafte Artilleriekämpfe. Auf dem Südufer der Oise griffen die Truppen der Generale von Schöeler und Wiching den Feind erneut an. Zwischen der Oise und Sambre stiehen sie über die Dilette bis zum Oise-Winne-Kanal vor. In heftigen Kämpfen nahmen wir den zäh verteidigten Wald von Guigny. Wir einkommen im Angriff vom Norden und Osten her die steilen Hänge der Höhe von Courcy le Chateau und erkämpften dort ausgebaute Stellungen des Feindes.

Quien und Landricourt wurden genommen. Nach besonders erbitterten Kämpfen fiel heute früh auch das festungsartige Courcy le Chateau.

Im März betrug der Verlust der feindlichen Kriegsflotte auf dem westlichen Kriegsschauplatz 23 Fesselballons und 340 Flugzeuge von denen 158 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgeschossen sind. Wir haben im Kampf 81 Flugzeuge und 11 Fesselballons verloren.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister,

Ludendorff.

sich ein aufrechter Deutsch-Walte wie der Amtsblatt-Doktor natürlich niemals entledigen würde. Allerdings, als seinerzeit die alldeutliche Heze gegen Bethmann-Hollweg im Schwange war, da schlichen die „Lübeckischen Anzeigen“ nicht unter der Leute. Damals waren wahrscheinlich diejenigen „Fremdstämme“, die dem verslossenen Kanzler keine Fußtritte versetzten. Der „mehr dumme als giftige Geifer“ des heiligen vaterländischparteilichen Organs sprudelt nämlich gegen alle, die den grausamvollen Kriegswahnismus durch einen holdigen Verständigungsfrieden beenden möchten. Menschliches Empfinden und gesunde Vernunft erscheinen ihm nämlich als besonders verabscheuwungswürdig.

**Krieger-Familienunterstützung.** Das Rote Kreuz, Abt. IV, will, den durch die lange Dauer des Krieges geschaffenen Zeitverhältnissen Rechnung tragend, die Miete bei Hilfe in Zukunft erhöhen. Weiter soll der Arbeitsverdienst bis zu 20 M. monatlich überhaupt nicht berücksichtigt werden, sondern es soll nur der 20 M. überschreitende Betrag mit einem Drittel auf die Miete angerechnet werden. Ob die wirtschaftlichen Verhältnisse im einzelnen Falle in Folge der langen Dauer des Krieges ein besonderes Eingreifen nötig machen, wird von der genauen Prüfung abhängig sein.

### Die Bekämpfung der Erdranpen.

Mit der Erdraupenplage des Jahres 1917 hat die Vermehrung der Winterraupen in Deutschland einen Höhepunkt erreicht wie nie zuvor. Obwohl die Erfahrung lehrt, dass auch dem Überhandnehmen des Ungezügels natürliche Grenzen gesetzt sind, muss doch mit einer Wiederkehr der Landplage auch in diesem Jahr gerechnet werden. Zur Bekämpfung des Schädlings, zur Erzeugung der diesjährigen Ernte, vor allem der besonders bedrohten Haussorten (Rüben, Weiden, Möhren und Kartoffeln) werden folgende Maßnahmen empfohlen:

1. Im Frühjahr: Alle im Vorjahr befallenen Schläge, soweit sie mit Sommerung bestellt werden sollen, sind tief zu pflügen und mit tiegreifenden Eiern zu überföhren. Findet man nach den Pflügen und Eiern noch viele Raupen und Puppen, so ist schwer zu walzen und noch einmal leicht zu eggeln. Rüben, Kohlrüben und Möhren sind möglichst frühzeitig zu bestellen, die Saaten, wenn möglich, zu walzen. Je größer und kräftiger die Pflanzen beim späteren Auftreten der Raupen sind, desto besser werden sie Fraßbeschädigungen ertragen. Steht Melasse zur Verfügung, so kann man von Mitte Mai bis Anfang Juli durch Aufstellen von Bottichen mit verdünnter Melasse und Bierhefe auf den Feldern viele Eulenschmetterlinge wegjagen. Die Bottiche müssen eine möglichst große Oberfläche haben und nur etwa 10 Centimeter hoch gefüllt, die gefangenen Falter häufig abgeschöpft werden.

2. Im Sommer: Die Acker sind aufmerksam zu beobachten. Schläge, auf denen sich stärkerer Raupenrost zu entwickeln beginnt, sind durch Gräben abzusperren, um das Überwandern der Schädlinge auf Nachbarschläge zu verhindern. Die Gräben sind wenigstens einen Spatenlängtief und breit, mit steiler Wandung und so anzulegen, dass die Sohle breiter wird als die Derrung. Die sich darin sammelnden Raupen sind täglich zu sammeln und können an Geflügel und Schweine verfüttert werden. Bei großem Geflügelbestand können Hühner, Perlhühner, Truthähnchen und Enten auf die Acker gebracht werden. Sie sind möglichst am frühen Morgen auszutreiben, dabei muss aber für gute Tränkegelegenheit gesorgt werden. Auch junge Schweine, die vorher im Stall gefüttert werden, damit sie nicht die Rüben anspringen, helfen die Raupen vertilgen. Größere Schweine sind ungeeignet. Auf kleineren Flächen und beim Vorhandensein der nötigen Arbeitskräfte (z. B. Kinder) kann man die Raupen unter den Pflanzen mit Löffeln oder Stöcken auswählen und in wasserfüllte Gefäße sammeln lassen.

3. Im Herbst: Die befallenen Acker sind nach der Ernte sofort tief umzupflügen und stark mit Kainit zu düngen. Der Anbau von Rüben ist auf befallenen Schlägen zu vermeiden. Die beste Nachfrucht ist Wintergetreide, das möglichst spät ausgeföhrt wird. Krähen, Stare, Möwen, Störche, Fasanen, Maulwürfe, Igel und Spitzmaus sind als willkommene Vertilger der Erdraupen, Engerlinge und Drahtwürmer anzusehen und zu schönen Fledermäuse und Nachschwalben machen aus die Eulenfalter Jagd. Beim Auftreten von Erdraupen und anderen Schädlingen empfiehlt es sich, der staatlichen Pflanzenschutzstelle in Lübeck, Museum am Dom, Nachricht zu geben, der die Mitteilung von Beobachtun-

gen und Übergabe von Proben beschädigter Blätter sowie etwa vorgefundene Schädlinge zur Untersuchung freisiegt ist. Auf Anfrage wird jederzeit kostenlos Auskunft erteilt.

**Arbeitssekretariat.** Die Zahl der Besucher belief sich im Monat März auf 1150 (1152) die der Besucher auf 1233 (1223).

— Die eingeschlossenen Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 123 Besucher. Wihin sind im März 1917 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1211 (1228), darunter nach auswärts 146 (39). Von den Besuchern waren organisiert 667 (655) Personen, und zwar gewerkschaftlich 434, politisch 26, gewerkschaftlich und politisch 207. Unter den verbleibenden 368 Nichtorganisierten befinden sich 469 Angehörige von Organisationen und 13 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 420 männlich, 793 (798) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1157 (1149); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 75 (69); Organisationen 1 (5). In Lübeck (Stadt) hielten von den Besuchern 898 (950) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 151 (108), Oldenburg 73 (82), Mecklenburg 52 (36), Preußen 31 (26), und sonstwo 28 (20). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Umfall, Invaliden- und Rentenversicherung) 203 (187), Privatangestelltenversicherung 1 (—), Arbeits- und Dienstvertrag 99 (132), bürgerliches Recht 322 (331), Strafrecht 51 (61), Gemeinde- und staatsbürgliche Sachen 513 (494), Arbeiterbewegung 1 (—), Privatoberversicherung 2 (4), Handels- und Gewerbebeamten 2 (1), Hilfsdienst 18 (7), Verschiedenes 1 (1). Von den Auskünften machten 367 (359) die Anfertigung von 444 (446) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 12 (18) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 248 (193) Postsendungen. Der 11. März zeigte mit 73 (77) die höchste, der 30. März mit 24 (38) die niedrigste Besucherzahl.

**Bekleidungsstücke für Rüstungsindustrie und Landwirtschaft.** Von der Reichsbekleidungsstelle wird mitgeteilt: Durch ein Berliner Blatt ist in der Sonntagsnummer vom 7. April eine Meldung verbreitet worden, wonach die Reichsbekleidungsstelle zur Beschaffung von 750 000 Anzügen für die Rüstungsindustrie eine Verordnung vorbereite, die von den Wehrbeitragspflichtigen die unentgeltliche Abgabe eines Anzuges im Wege des Zwanges fordere. Die Reichsbekleidungsstelle erklärt hierzu ausdrücklich, dass diese Meldung falsch ist. Die Ausführungen des Blattes führen auf falsch übermittelten Indizien aus den jüngsten vertraulichen Besprechungen des Beirates und des Verwaltungsbeamten-Ausschusses der Reichsbekleidungsstelle. Tatsache ist, dass die Reichsbekleidungsstelle in den letzten Tagen wichtige Neuerungen ihrer Ausküsse über die Art der Beschaffung dieser dringend notwendigen Bekleidungsstücke eingefordert hat. Eine bindende Entscheidung der Reichsbekleidungsstelle, die hierbei in engster Führungnahme mit dem Reichswirtschaftsamt, der Kriegszoohabfachleitung und den militärischen Stellen handelt, ist noch nicht gefasst worden. Grundsätzlich sieht die Reichsbekleidungsstelle auf dem Standpunkt, die benötigte Anzahl von Bekleidungsstücken für die Rüstungsindustrie und Landwirtschaft durch eine gleichmäßige und geregelte Umlage bei allen Kommunalverbänden im Reiche durch eine freiwillige Abgabe von der wohlhabenden Bevölkerung gegen Entgelt zu erwerben. Hierbei sollen die bestehenden Richtpreise für die Kleiderabgabe bis zu 20 Prozent erhöht werden. Den Schlüssel für die von den einzelnen Kommunalverbänden aufzuhaltende Anzahl von Bekleidungsstücken bildet einerseits die Einwohnerzahl und anderseits der in den Kommunalverbänden aufgebrachte Wehrbeitrag. Entgegen der Falschmeldung des Blattes, die geeignet ist, die Bevölkerung zu beunruhigen, legt die Reichsbekleidungsstelle Wert auf diese Feststellung, die ohne weiteres die Haltlosigkeit der Ausführungen des betreffenden Blattes darstellt.

**Lumpen und Stoffabfälle.** Es ist eine neue Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme, Bestandserebung und Höchstpreise von Lumpen und neuen Stoffabfällen aller Art am 9. April 1918 in Kraft getreten. Darin sind die verschiedenen Bestimmungen über die Beschlagnahme, Bestandserebung und die Höchstpreise bei Lumpen und neuen Stoffabfällen einheitlich zusammengefasst, so dass gleichzeitig die früher erlassenen Bekanntmachungen aufgehoben werden sind. Im allgemeinen verbleibt es bei der bisherigen Regelung des Verkehrs mit beschlagnahmten Lumpen und neuen Stoffabfällen. Im einzelnen enthält die neue Bekanntmachung allerdings verschiedene Abweichungen gegen die bisherigen Anordnungen. Es ist näher bestimmt worden, was unter Lumpen und neuen Stoffabfällen zu verstehen ist. Des Weiteren ist die Meldepflicht auf alle beschlagnahmten Gegenstände ausgedehnt worden, deren Vorräte mindestens 100 Kilogramm betragen. Die Höchstpreise haben Veränderungen erfahren. Der genaue Wortlaut der neuen Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen. Insbesondere sei darauf hingewiesen, dass auch alle aus dem Auslande stammenden unter die Verordnung fallenden Lumpen und neuen Stoffabfälle von der Beschlagnahme betroffen sind.

**Ein Wohltätigkeitskonzert.** Das am Sonnabend abend im Marmorsaal zugunsten der Hinterbliebenen des Inf.-Regts. 162 stattfand, vereinte als Mitwirkende eine Reihe unserer bekannten Künstlerinnen und Künstler vom heiligen Stadttheater. Nach einigen einleitenden Worten des Herrn Pastor Giesenitz erfreuten die Damen Bergau, Ludewigs-Korte und Bradschky, sowie die Herren Mössli, v. Tarnoff, Ludewigs und Michel die zahlreich erschienenen durch die größtenteils sehr gute Wiedergabe von Arien und Liedern unserer bekanntesten Meister. Der Abend wurde beschlossen mit Duett aus „Dannhäuser“ (Frau Ludewigs-Korte und Herr v. Tarnoff), aus „Undine“ (Herr Ludewigs-Korte und Herr Michel) und aus „Der liebe Augustin“ (Frau Bradschky und Herr Michel), die lebhaften Anklang fanden. Am Flügel saß Herr Dr. Reisch, der in bekannter Weise begleitete.

**Zu den heiligen Zigaretten** fehlt es zurzeit an einem Gras der freiwilligen weiblichen Hilfskräfte für die Verpflegung der Kranken. Der Vaterländische Frauenverein vom Roten Kreuz ersucht uns, an Frauen und junge Mädchen, die bereit sind, sich an einigen Tagen in der Woche, dem Dienst der Verwundetenpflege zu widmen, die Aufforderung zu rüsten, möglichst persönliche Meldung an Frau Dr. Hörs, Baracke 81, Burgfeldlazarett, in der Zeit von 11—1 Uhr und nachmittags von 4—6 Uhr getragen zu lassen. Man muss dieser Aufforderung die weiteste Beachtung wünschen.

**Zeichnung auf die Kriegsanleihe.** Die Landesversicherung anstatt der Hansestadt hat auf die 8. Kriegsanleihe 8 Millionen Mark, insgesamt bis jetzt 51 Millionen Mark gezeichnet.

**Plattdeutscher Abend von Lübecker Landsturm-Bataillon IX/38.** Der Einladung des Landsturm-Bataillons war so zahlreich Folge geleistet worden, dass die weiten Räume des Hanstheaters bis auf

## Es eilt nicht mit der Einzahlung!

Wer will, kann die Zahlung der gezeichneten Kriegsanleihe auf die Monate April, Mai, Juni, Juli verteilen.

Wer 100 Mark zeichnet, braucht sie erst am 18. Juli zu zahlen.

Also: jeder kann zeichnen!

Den letzten Tag gefüllt waren. Plattdeutsche Vorlesungen aus Goetz Fuchs und Erich Laus Dichtungen, vom ersten bis zum letzten und humorvollen „Erik Triften“ und von letzterem „Die Helden“, brachten dem Pastor Mildenstein lebhafte Beifall ein. Auch seinem plattdeutschen Vortrage „Das Plattdeutsche im Weltkrieg“ wurde dieser zuteil. „Omodische Dinge, davon von toll alldie Deerns“ und „Plattdeutsche Klappten-Leder“, sungen von Jakob Elsner, lösten laute Heiterkeit aus und mussten wiederholt werden. Auch die vom Chor der Landsturmleute gut vorgetragenen vierstimmigen plattdeutschen Lieder gefielen. Der zum Schluss gegebene Einakter „Die Tiefbahni up Gehnarn“ von Julius Wiedmann löste bei stottern Zusammenspiel laute Heiterkeit aus und brachte den Mitarbeitern wohlverdienten Beifall. Das Landsturm-Bataillon kann deshalb auf einen gelungenen Abend zurückblicken, der auch von klingendem Erfolg für seine wohltätigen Zwecke gekrönt gewesen sein wird.

Kiel. Sozialdemokraten in den Magistraturen. In Kiel steht die Wahl eines unbefoldeten Stadtrats bevor. Nach der schleswig-holsteinischen Stadtrechnung werden die Magistratsmitglieder von der Bürgerschaft nach demselben Wahlspruch gewählt wie die Stadtvorordneten. Eine von sämtlichen Magistratsmitgliedern und einer gleichen Anzahl von Stadtvorordneten gebildete Präsentationskommission hat drei Kandidaten zu präsentieren. Unter den von der Kommission präsentierten Kandidaten befindet sich auch der sozialdemokratische Stadtvorordnete Wilhelm Brecon. Bei dem zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft bestehenden Stärkeverhältnis darf wohl als sicher angenommen werden, daß Genosse Brecon bei der auf den 24. Mai angelegten Wahl gewählt wird, womit dann neben unserem Genossen Kindtstein ein zweiter Sozialdemokrat im Kieler Magistrat sitzen wird.

Schwerin. Die Ottroyierung einer mecklenburgischen Verfassung war schon wiederholt der Gegenstand von Untersuchungen von Staatsrechtslehrern. So hat der jetzt geforbene Professor Laband die Frage, ob die Reichsgesetzgebung die preußischmecklenburgische Verfassungsfrage regeln könne, ebenfalls bejaht. Jetzt liegt in dieser Angelegenheit ein neues Rechtsurteil des Professors Bredt von der Universität in Marburg vor. Bredt, der Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses ist und im freikonservativen Lager steht, kommt in seiner Untersuchung ebenso wie Laband, zu dem Ergebnis, daß der Artikel 78 der Reichsverfassung eine Handhabe für die Ottroyierung einer Verfassung bietet. Der Artikel 78 lautet:

„Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung. Sie gelten als abgelehnt, wenn sie im Bundesrat 14 Stimmen gegen sich haben.“

Diesen Vorschriften der Reichsverfassung, durch welche bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten in deren Verhältnis zur Gesamtheit festgestellt sind, können nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates abgeändert werden.

Die mecklenburgische Regierung könne nun, so heißt es in dem Gutachten des Professors Bredt weiter, aus politischen Gründen Bundesrat und Reichstag nicht darum eruchen, weil die Reichsgesetzgebung dann radikalare Wege gehen würde als ihr lieb ist, insbesondere eine demokratische Verfassung mit allgemeinem, gleichem Stimmrecht beschließen würde. Der mecklenburgischen Regierung steht aber noch ein anderer Weg offen, der der Ottroyierung auf Grund ihres sogenannten „Maienfestenrechtes“. Der Landesgrundgesetzliche Erörtergut vom 28. April 1755, der noch heute für die staatsrechtlichen Verhältnisse Mecklenburgs maßgebend ist, enthält nämlich eine Klausel, nach welcher die staatsrechtlichen Handlungen des Landesherren zunächst gültig und

richtig sind, bis sie durch die Entscheidung der sogenannten Kommissionssitzung, die durch eine Verordnung vom 28. November 1817 gehalten wurde, bestätigt wird. Wenn nun aber die Staatsregierung sich weigert, die Kommissionssitzung zu beschließen, so läuft die Sache zwar dagegen den Bundesrat anzuhalten. Da die Frage damit über wieder auf den Weg der Reichsgesetzgebung läuft, wären die Folgen den Ständen durchaus nachteilig. Es sei deswegen anzunehmen, daß sie auf solche Schritte verzichten, und damit würde die ottroyierte Verfassung endgültig rechtsbeständig werden.

## Theater und Musik.

Im siebten Sinfoniekonzert des Vereins der Musikfreunde im Stadttheater gelangte gestern Abend Anton Bruckners Romantische Sinfonie (Es-dur) zur Wiedergabe. Es ist ein gewaltiges Werk voll Schönheit und Tiefe, aus dem Stimmen echter warmer Menschlichkeit und die Sprache der Natur in immer fesselnder, genialer Weise erklingen. Man muß Herrn Dr. Göhler dafür dankbar sein, daß er diese Sinfonie auf das Programm gesetzt und sie in ganz vortrefflicher Weise zu Gehör brachte. Mit sehr viel Liebe und feinstem Verständnis nahm sich Dr. Göhler auch des symphonischen Vorspiels zu Kleists „Penitentia“ von Felix Dresel, in dem dieser 1918 in Dresden verstorbenen ausgezeichnete Musiker den in Kleist“ Dichtung behandelten Stoff in gewissen Grundzügen musikalisch zu gestalten versucht. Die Wiedergabe gereichte dem Dirigenten und Orchester gleichermaßen zur Ehre. Als Solist wirkte Herr Arntz von der Berliner Oper mit, dessen markiger, schöner Bariton in den „Holländer“ Arie und Wotans Abschied aus der „Walküre“ breit ausströmte.

## Neueste Nachrichten.

**Die Kämpfe in Finnland.**  
Kopenhagen, 8. April. Der Sonderberichterstatter der „Pionier“ meldet von Åland: Die bei Hangö gelandeten 12 000 Mann deutscher Truppen besiegten Karls an der Bahn Åbo-Helsingfors. Die Deutschen scheinen seinem ernsthaften Widerstand begegnet zu sein. Um so erbitterter wird auf dem Eis im Meergaard (Inselgebiet) gekämpft. Ost brechen die Geschütze und Pferde durch das bereits schwach gewordene Eis.

### Die australische Hilfe.

Australien, 8. April. Reuter meldet aus Melbourne: Der Generalgouverneur berief eine Konferenz ein, an der auch Vertreter der Arbeiter teilnehmen werden. Auf dieser Konferenz soll die gemeinsame Politik festgelegt werden zur Schaffung ausreichender Verstärkungen der australischen Streitkräfte in Europa.

### Noch eine „Gewalt“-Rede.

Hag, 8. April. Der amerikanische Finanzminister MacAdoo hat den Feldzug für die dritte Kriegsanleihe mit einer Rede eröffnet, in der er sagte, daß alles Getreide über den Frieden zu nichts führen werde, weil es den Frieden doch nicht bringe. Der Frieden kann nur durch Gewalt errungen werden, und die Gewalt Amerikas und der Alliierten müsse die der Deutschen vernichten. Nur so könne ein Frieden erreicht werden, der von Wert sei. Wir werden kämpfen bis an den Tag des jüngsten Gerichts.

## Verkauf von holländischen Enten.

Bis auf Weiteres werden vom Markthallenauflieger werktäglich von 8½ Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Vorzeigung einer amtlichen Ausweises Bestellungen auf holländische Enten entgegengenommen.

**Der Preis beträgt M. 3,50 für das Pfund.**

Eine Entzeichnung auf die Fleischorte findet nicht statt. Die Ausgabe der Enten geschieht nur Mittwochs und Sonnabends von 8½ Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Vorzahlung.

1711 **Der Ernährungsausschuß.**

## Bekanntmachung betr. Belohnung für Ermittelung von Taubenschüssen.

Trotz wiederholter Hinweisungen auf den Rauben der Brieftauben im gegenwärtigen Kriegszeitraum rufen wir die Klagen, daß für Heeres- und Marinezwecke Verwendung findenden Brieftauben abgeschossen werden.

Durch Kriegsverordnung vom 7. 12. 16 (A. V. B. Nr. 2702/16), in der Abschluß aller Tauben (Brief- und andere Tauben) verboten. Wer dieser Vorschrift zuwiderhandelt, hat Gefangenstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk. zu gewarten.

Zu seines jener an, daß für Angaben, die zur Feststellung von Taubenschüssen führen, so daß deren strafrechtliche Aburteilung erfolgen kann, häufig in jedem Falle eine Belohnung von 20 Mk. gewährt wird.

Derstell. kommandierende General  
v. Falk,  
General der Infanterie.

1722 Eine Bekanntmachung Nr. W. IV. 9004/18 KRA betreffend Beleidigung, Bekämpfung u. Höchstpreise von Lungen und neuen Stoßfallen aller Art vom 9. April 1918 wird heute durch die amtlichen Regierungsblätter, durch die Polizeibehörden, sowie durch öffentlichen Anschlag und Anhängen veröffentlicht.

Der Vorstand der Bekanntmachung ist bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden einzusehen.

Elster, den 9. April 1918. (1710)

Stellv. Generalkommando IX. A.A.

Erst heute wurde uns die traurige Nachricht, daß unser einziger lieber Sohn, Bruder und Schwager, der Unteroffizier und Offiziers-Aspirant

## Alfred Pape

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse u. des Lübecker Hanseatenkreuzes

im Alter von 20 Jahren am 21. März 1918 bei den Kampen im Westen getötet ist.

in sitem Schmerz (1720)

P. Pape und Frau geb. Amann.

Erna Pape.

Martha Pape.

Luisa Pape.

Friedrich Möller.

Lübeck, den 6. April 1918.

Wir bitten von Beerdigungsfeier abzusehen.

Wir bitten von Beerdigungsfeier abzusehen.

Wir bitten von Beerdigungsfeier abzesehen.

# Beilage zum Süder Volksboten

Dienstag,  
den 9. April 1918

## Czernin und Clemenceau.

Der französische Ministerpräsident, der bekanntlich die Czernin'sche Bemerkung von Verhandlungen zur Beendigung des erheblichen Schlachtfeldes im Westen zweig, als Lüge bezeichnete, hat zu dieser Angelegenheit ein Communiqué erlassen, das nach der Agence Havas folgendermaßen lautet:

Bei Übernahme der Regierung findet Clemenceau in der Schweiz auf die Initiative Österreich-Ungarns eingeleitete Besprechungen zwischen dem Grafen Revertera, einem persönlichen Freund des Kaisers, und dem Major Armand vom 2. Department des Generalstabes vor, welch letzterer von dem damaligen Minister dazu bestimmt worden war, Herr Clemenceau glaubt nicht die Antwortung auf sich nehmen zu dürfen, diese Besprechungen zu unterbrechen, die bisher kein Ergebnis gezeigt hatten, die aber nützliche Informationsquellen bieten könnten. Major Armand konnte sich also auf eine Bitte des Grafen Revertera neuwärth nach der Schweiz begeben. Die Instruktion, welche ihm in Gegenwart seines Vorgesetzten von Clemenceau gegeben worden war, lautet: „Anhören und nichts sagen.“ Als Graf Revertera sich endlich die Überzeugung verschafft hatte, daß seine Freiheit, den Kader für Deutschland auszuweisen, ohne Erfolg geblieben seien, übergab er, um seine Mission genau zu charakterisieren, am 25. Februar dem Major Armand eine von seiner Hand geschriebene Note, deren erster Satz lautet: „Im August 1917 waren Besprechungen in der Absicht eingeleitet worden, von der französischen Regierung im Hinblick auf einen künftigen Frieden mit Österreich-Ungarn Besprechungen möglich wären.“

Die Initiative zu dieser Unterhaltung ist also von französischer Seite ausgegangen. Von dieser im Auftrage der französischen Regierung gefestigte Aussage hat Graf Revertera dem K. und K. Minister des Auswärtigen Meldeamt gemacht, welcher hierauf den Grafen erachtete, die Besprechungen mit dem französischen Vertretermann aufzunehmen und im Laufe derzeitigen Verhandlungen die Grundlage für die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens geschaffen werden könnte. Graf Revertera trat dann am 22. und 23. August 1917 in Besprechungen mit dem Grafen Armand ein, die jedoch, wie Herr Clemenceau ganz richtig klärte, kein Ergebnis liefern. Hiermit brachen diese Verhandlungen ab.

Wenn Herr Clemenceau behauptet, daß bei seinem Amtsantritt Besprechungen zwischen dem Grafen Revertera und dem Grafen Armand im Ganzen gewesen seien, so ist dies unrichtig. Erst im Jahre 1918 nahm Graf Armand, diesmal im Auftrage Herrn Clemenceaus, mit dem Grafen Revertera neuwärth Fühlung. Der im August 1917 abgetrene Zaden ist also von Herrn Clemenceau im Januar 1918 wieder aufgenommen worden.

Aus dieser neuwärthigen Fühlungnahme ergaben sich dann die im amtlichen Bericht vom 4. April 1918 angedeuteten Besprechungen. Richtig ist, daß Graf Revertera dem Grafen Armand bei diesem Anlaß am 25. Februar 1918 eine Auszeichnung übertrug, von welcher Herr Clemenceau nur den ersten Satz achtet und die bestätigt, daß Graf Revertera bei den im August 1917 stattgehabten Besprechungen mit dem Grafen Armand den Auftrag hatte, zu konstatieren, ob von der französischen Regierung Vorschläge zu erhalten seien, welche an die Adressen Österreich-Ungarns gerichtet, die Zusammensetzung für einen allgemeinen Frieden bilden würden und die Österreich-Ungarn seinen Verbündeten zu Kenntnis bringen könnte.

Es entsprach somit durchaus den Tatsachen, wenn Graf Czernin in seiner Rede vom 2. April laufenden Jahres erklärt hat, Herr Clemenceau hätte einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Der gegen den Grafen Czernin von Herrn Clemenceau erhobene Vorwurf der Lüge ist demnach auch in jener Einschätzung, welche das vorliegende Communiqué der französischen Regierung vornimmt, nicht aufrechtzuhalten.

Von der französischen Regierung hat Paul Léveillé des Jahres 1917 nachstehende Erklärung abgegeben: Im Laufe des Jahres 1917 wurden von Österreich-Ungarn mehrere Versuche gemacht, offizielle Gespräche mit Persönlichkeiten der Entente einzuleiten. Insbesondere wurde im Juni 1917 von der 2. Abteilung gemeldet, daß eine österreichische Persönlichkeit, der Graf Revertera, durch die Vermittlung eines Schweizers zu wiederholten Maleen darauf gedrungen habe, eine private Unterredung mit einem ehemaligen Verbündeten von ihm, dem Major Armand, Offizier in der 2. Abteilung, zu haben. Nachdem der damalige Ministerpräsident Ribot hierauf benachrichtigt worden, trafen Revertera und Armand im August 1917 zusammen. Hiermit hat es sein Bewenden. Es fand im August keine weitere Zusammenkunft statt und ich habe keine Kenntnis, daß bis zum 13. September 1917, dem Datum des Rücktritts meines Kabinetts, eine andere Zusammenkunft stattgefunden hat. Das, was sich nachher ereignet hat, entzieht sich selbstverständlich meiner Beurteilung, doch nehm ich nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten an, daß es Revertera war, der auf die Sache wieder zurückgekommen ist.

## Gandel und Wandel.

Von F. W. Hädänder.

68. Fortsetzung.

Herrn!

„Ich holte tief Atem, ehe ich eintrat. Madame Stiegliß hatte die Hand auf den Tisch gestützt und sah mich ernst, aber eher traurig als zornig an. Der Buchhalter lehnte mit gefalteten Händen an dem Fenster und schaute hinauf an den grauen Novemberhimmel. Es trat eine ziemliche Pause ein, die ich zuerst unterbrach, indem ich sagte: „Madame, es ist mir gestern ein großes Unglück passiert, allerdings ein sehr großes Unglück, das ich wieder gutzumachen hoffe.“

Die Prinzessin zuckte die Achseln, und der Buchhalter stand bewegungslos.

„Ich habe vorgestern,“ fuhr ich ruhig fort, „auf ein Privat-schreiben von Ihnen ein Interesse gemacht im Betrag von fünfhundert Taler, welche Summe ich empfing, und welche Summe ich in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag — verlor.“

Madame Stiegliß fuhr kaum merklich zusammen, als sie mein Geständnis vernahm, und wiederholte, mit ungläubigem Tone zugleich, mein letztes Wort: „Verlor?“

„Um Spiele vielleicht,“ ergänzte der Buchhalter.

„Ich warf ihm dafür einen verächtlichen Blick zu und fuhr fort: „Ja, Madame, verlor, aber nicht in dem Sinne, wie der Herr Specht meint.“

„Und in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag?“ fragte die ernste Frau.

„Ja, Madame; ich will offenherzig sein: ich war in einer lustigen Gesellschaft, wir hielten ein letztes Souper, womit wir alle unser etwas leichtsinniges Leben zu beschließen gedachten. Dort oder beim Nachhausegehen oder, der Himmel mög wissen, wo? verlor ich das Palet mit den Kassenanweisungen, das ich hier in meiner Brusttasche verwahrt hatte.“

Der Buchhalter wandte sich mit einem vielsagenden Blick zur Prinzessin, welche langsam und sacerdotal den bewußten Brief vom Tische nahm, ihn mit entgegenhielt und mit dem tiefen Ton, der so eigenartig klang, wenn sie heftig erschüttert war, fragte: „Und wer hat diesen Brief geschrieben?“

„Ich sah ihn flüchtig an und entgegnete: „Wenn Sie ihn nicht geschrieben haben, Madame, so mag Gott wissen, wer es getan hat; ich weiß nichts davon, ich habe ihn nur gesiegelt und fortgetragen.“

„Hörte der Herr Stiegliß mich nicht unterrichtet, daß die Prinzessin verschworen habe, sie hätte diesen Brief nicht geschrieben, in dem sie die verjüngliche Frage mit viel größerer Bestürzung und Entzweiung beantworten können, als je, und nun wurde, nach der Rache weiterer Entgegnetung, vorausgesetzt, daß es mich sehr interessiere, dies Schreiben sei verfasst, ich müsse mir

## Die österreichische Antwort.

Wien, 7. April.  
Amtlich wird verlautbart: Gegenüber der ersten kurzen Erklärung von Clemenceau, in welcher dieser dem Grafen Czernin die Lüge gezeichnete, wird dem nunmehr vorliegenden Communiqué des französischen Ministerpräsidenten vom 6. d. M. mit Besiedigung das Zugesändnis entnommen, daß zwischen den beiden Vertrauensmännern, der Regierung Österreich-Ungarn und Frankreichs Besprechungen über die Friedensfrage stattgefunden haben. Die von Herrn Clemenceau gegebene Darstellung der Einleitung und des Verlaufs dieser Verhandlungen, ebenso wie der von Herrn Paul Léveillé in der „Humanité“ über den gleichen Gegenstand veröffentlichten Erklärung weichen aber in vielen und wesentlichen Punkten deutlich von den Tatsachen ab, daß eine eingehende Richtigstellung des französischen Communiqués notwendig erscheint.

Im Juli 1917 wurde Graf Revertera von einer neutralen Mittelperson im Namen der französischen Regierung aufgefordert, mitzuteilen, ob er nicht in der Lage wäre, Gräfinnungen dieser Regierung an die Österreich-Ungarn entgegenzunehmen. Als Graf Revertera diese Aufgabe nach erhaltenen Genehmigung noch im Juli 1917 bekleidete, trat am 7. August im Auftrag des damaligen französischen Kriegsministers Paul Léveillé und mit Genehmigung des damaligen französischen Ministerpräsidenten Ribot, der Major Graf Armand auf dem mit ihm weitläufig verwandten Grafen Revertera in Freiburg ein. Graf Armand richtete nun an den Grafen Revertera die Frage, ob mit Frankreich und Österreich-Ungarn Besprechungen möglich wären.

Die Initiative zu dieser Unterhaltung ist also von französischer Seite ausgegangen. Von dieser im Auftrage der französischen Regierung gefestigte Aussage hat Graf Revertera dem K. und K. Minister des Auswärtigen Meldeamt gemacht, welcher hierauf den Grafen erachtete, die Besprechungen mit dem französischen Vertretermann aufzunehmen und im Laufe derzeitigen Verhandlungen die Grundlage für die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens geschaffen werden könnte. Graf Revertera trat dann am 22. und 23. August 1917 in Besprechungen mit dem Grafen Armand ein, die jedoch, wie Herr Clemenceau ganz richtig klärte, kein Ergebnis liefern. Hiermit brachen diese Verhandlungen ab.

Wenn Herr Clemenceau behauptet, daß bei seinem Amtsantritt Besprechungen zwischen dem Grafen Revertera und dem Grafen Armand im Ganzen gewesen seien, so ist dies unrichtig. Erst im Jahre 1918 nahm Graf Armand, diesmal im Auftrage Herrn Clemenceaus, mit dem Grafen Revertera neuwärth Fühlung. Der im August 1917 abgetrene Zaden ist also von Herrn Clemenceau im Januar 1918 wieder aufgenommen worden.

Aus dieser neuwärthigen Fühlungnahme ergaben sich dann die im amtlichen Bericht vom 4. April 1918 angedeuteten Besprechungen. Richtig ist, daß Graf Revertera dem Grafen Armand bei diesem Anlaß am 25. Februar 1918 eine Auszeichnung übertrug, von welcher Herr Clemenceau nur den ersten Satz achtet und die bestätigt, daß Graf Revertera bei den im August 1917 stattgehabten Besprechungen mit dem Grafen Armand den Auftrag hatte, zu konstatieren, ob von der französischen Regierung Vorschläge zu erhalten seien, welche an die Adressen Österreich-Ungarns gerichtet, die Zusammensetzung für einen allgemeinen Frieden bilden würden und die Österreich-Ungarn seinen Verbündeten zu Kenntnis bringen könnte.

Es entsprach somit durchaus den Tatsachen, wenn Graf Czernin in seiner Rede vom 2. April laufenden Jahres erklärt hat, Herr Clemenceau hätte einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis.

Indem er so sprach, hat Graf Czernin nicht nur die Wahrheit gesagt, sondern das Gegenteil der Wahrheit, was wie in Frankreich „Lüge“ genannt. Es ist nur zu natürlich, daß Herr Clemenceau seine Entzweiung nicht zurückhalten konnte, als er sah, daß Graf Czernin, der über die schreckliche Folge der Offensive mit Recht befürchtete, in so rücksichtiger Weise die Rollen vertauschte und die französische Regierung so hinstellte, als ob sie in derselben Stande um den Frieden gekämpft habe, in welcher wir uns mit unseren Verbündeten befanden, den Mittelmächten die letzte Niederlage zuzufügen. Es wäre zu leicht, darum zu erinnern, bis zu welchem Grade Österreich-Ungarn mit seinen Bitten um einen vorgeblichen Separatfrieden Rom, Washington und London ermüdet hat, welche Bitten wiederum anderen Zweck hatten, als uns unter das Joch zu loten. Wer kennt nicht die Geschichte der früheren Botschafters Österreich-Ungarns mit einer hohen Persönlichkeit der Entente?

Diese Konferenz dauerte nicht mehr als einige Minuten. Auch diesmal waren es nicht unsere Verbündeten, sondern die österreichisch-ungarische Regierung, welche die Zusammenkunft erbeten hatte. Komme ich Graf Czernin nicht an einem anderen Versuch der gleichen Art erinnern, welcher zwei Monate vor der Unternehmung Revereras durch eine im Range weit über ihm stehende Persönlichkeit in Paris und London gemacht worden ist? Also da ist, wie im gegenwärtigen Falle, ein eichentisches, aber noch bezeichnenderes Beweistück vorhanden.

Zum Communiqué des Ministerpräsidenten hat Paul Léveillé des Jahres 1917 nachstehende Erklärung abgegeben: Im Laufe des Jahres 1917 wurden von Österreich-Ungarn mehrere Versuche gemacht, offizielle Gespräche mit Persönlichkeiten der Entente einzuleiten. Insbesondere wurde im Juni 1917 von der 2. Abteilung gemeldet, daß eine österreichische Persönlichkeit, der Graf Revertera, durch die Vermittlung eines Schweizers zu wiederholten Maleen darauf gedrungen habe, eine private Unterredung mit einem ehemaligen Verbündeten von ihm, dem Major Armand, Offizier in der 2. Abteilung, zu haben. Nachdem der damalige Ministerpräsident Ribot hierauf benachrichtigt worden, trafen Revertera und Armand im August 1917 zusammen. Hiermit hat es sein Bewenden. Es fand im August keine weitere Zusammenkunft statt und ich habe keine Kenntnis, daß bis zum 13. September 1917, dem Datum des Rücktritts meines Kabinetts, eine andere Zusammenkunft stattgefunden hat. Das, was sich nachher ereignet hat, entzieht sich selbstverständlich meiner Beurteilung, doch nehm ich nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten an, daß es Revertera war, der auf die Sache wieder zurückgekommen ist.

Im übrigen sei nur bemerkt, daß Graf Czernin seinerseits keinen Grund sehen würde es abzuleugnen, wenn er in diesem oder in einem ähnlichen Falle die Initiative ergriffen hätte, da er im Gegensatz zu Herrn Clemenceau glaubt, daß es kein Vorwurf für eine Regierung sein könnte, Versuche zur Herbeiführung eines alle Völker von den Schrecken des gewaltigen Krieges befreidenden, ehrenvollen Friedens zu unternehmen.

Durch die von Herrn Clemenceau aufgeworfene Streitfrage ist übrigens die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Kernpunkt der Belehrungen des Grafen Czernin abgelenkt worden. Das Wichtigste des dazeliegen war nicht so sehr, wer die Besprechungen vor dem Beginn der Westoffensive angeregt, sondern wer sie zulässt hat, und das hat Herr Clemenceau bisher nicht gelehnt, daß er sich geweigert hat, auf der Basis des Vertrags auf eine Rückeroberung Elsaß-Lothringens in Verhandlungen einzutreten.

Der letzteren Aussage ist des Sprachrohrs des Grafen Czernin wird jeder vernünftige Mensch zutun. Man erkennt aber aus diesem Schriftwechsel, daß wiederholt Verhandlungen zur Wendung des Mordens angebahnt sind, die aber leider scheiterten. Das viele Blut, das nach diesen Vergangen geslossen ist, fällt auf das Haupt derjenigen, die zum Scheiteren dieser Versuche beitrugen. Sie sind die Mörder ungezählter junger, blühender Menschen.

## Mehr Nicht.

Der Berner Korrespondent der „Voss. Zeit.“ drückt: Am vergangenen Freitag traten die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten und der Heeresausschuß zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, zu der Clemenceau zu dringend verladen war. Renauld erfuhr den Ministerpräsidenten um eine Erklärung über die Mitteilung des Wiener Korrespondenz-Bureaus. Clemenceau bekräftigte sich in seiner Antwort ungefähr auf das, was in der amischen Replik der Agence Havas mitgeteilt wurde. Da Clemenceau feststellte, der Beginn der österreichisch-französischen Besprechungen läge nicht in seine Amtszeit, erhob sich Barthou und erklärte, er habe von der ganzen Sache nicht die geringste Ahnung. Außerdem ließ Barthou erklären, die Unterhandlungen, die im Juni 1917 aufgenommen wurden, seien im August abgebrochen und bis zur Berufung Clemenceaus jedenfalls nicht wieder begonnen worden. Renauld stellte darauf fest, daß Clemenceau sich in öffentlichen Widerprüchen verwickle. Ribot lehnte jede Neuerung ab, offenbar, um weder sich noch Clemenceau bloßzustellen. Im Laufe der Sitzung wurde Clemenceau erzogen, das ganze Material über die Unterhandlungen vorzulegen. Clemenceau entzündigte sich damit, daß er noch am Sonnabend in aller Frühe ins Hauptquartier reisen müsse. Der Heeresausschuß der Kammer beschloß daraufhin, Clemenceau von neuem vorzuladen.

Renauld, die „Hure“ und andere Blätter verlangen, daß Clemenceau seine höchst ungernige Antwort an Czernin ergänzt und vor allem die Note des Grafen Reverera im Wortlaut veröffentlichte. Wie Renauld ankündigte, wird die ganze Angelegenheit, sobald es die allgemeine militärische Lage erlaubt, von der sozialistischen Fraktion in der Kammer zur Sprache gebracht und Clemenceau zu umfassender, rücksichtloser Darstellung gezwungen werden.

## Daimler-Nachwirkungen.

Eine Art „umbritischer Schreden“, ein unverkennbarer Angst vor verdächtigen hohen Dividenden scheint in all die Unterhandlungen gefahren zu sein, die das Vergnügen bejähren, mit der Heeresverwaltung geschäftliche Verbindungen zu unterhalten. Diesen Eindruck gewährt auch der Verlauf der am Freitag in Linden abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung der Hannoverschen Gewinnwerke „Exelior“. Aktiengesellschaft in Hannover-Linden, eines gesuchten Unternehmens, das bei einem Aktienkapital von nur 3 Millionen Mark über Revenen in Höhe von 2.250.000 Mark verfügt und im Jahre 1917 einen Gewinn von 2.452.864 Mark herausgeworfen hat. Vermögen von 914.043,60 Mark zu reichlich bemessenen Abrechnungen auf Gebäude, Maschinen, lösliche Anlagen, Einrichtungen usw. Das erst im letzten Jahre von 2000 M. auf 233.192,40 M. gebrachte Nettovermögen ist durch die Kosten, Umsätze und Gewinne des Jahres 1917 auf 2.452.864 Mark heraufgespielt. Ein Reingewinn von 1.535.829,40 M. verbleibt. Für den Vorstand und Aufsichtsrat wurde folgender Verteilungsmodus vorgeschlagen: 750.000 M. als Dividende (26 Prozent), 340.520,65 M. als jahrgängig begründete Lan-

des es meine Hand schon fast erreicht hatte — es war das Messer des Prinzips, das Madame Stiegliß sich selbst zur Qual dort ausbewahrte.

„Nein, nein,“ brachte ich mühsam hervor und fuhr mit der Hand über die Augen, die mir, wie ich fühlte, feucht wurden. „Nein, nein, das war gewiß nur ein bitterer Scherz. Madame, von Ihnen wenigstens, wenn auch nicht von jenem — von jenem schlechten Subjekte!“

Die Prinzessin sah mich einen Augenblick schmerhaft bewegt an, dann jagte sie mit zitternder Stimme, die nach Füllung rang: „Es ist leider, leider kein Scherz, ein großer, schwerer Verdacht spricht gegen Sie. Sie sehen, wie die Sache liegt, ist in meinem Hause Ihres Bleibens nicht. Sagen Sie Ihren Freund, den Herrn Doktor Barbis auf, er solle sich mit mir darüber besprechen, wir wollen dann die Sache in Ruhe und Frieden belegen.“

Sie streckte mir die Hand entgegen, wie um mir zu sagen, daß ich gehen könne; doch als ich niedergedrückt und tief erschüttert diese Hand ergriff, entzog sie mir dieselbe nicht. Mir war, als habe ich zum zweitenmal eine Mutter verloren; ich bedachte die Hand mit meinen Küschen und meinen Tränen zitterten darauf, ich schlenderte dem Buchhalter einen schreitlichen Blick zu und stützte wie ein Rosender davor.

Die alte Frau warf sich in ihren Sessel und sagte dem Buchhalter in ernstem Tone: „Gehen Sie, lassen Sie mich allein.“ Dann sah sie still vor sich hin, und obgleich sie ihr Gesicht nicht verzog, rollten doch die dünnen schweren Tränen unaufhaltsam über ihre blauen Wangen herab.

Wohin ich wollte, das wußte ich eigentlich selbst nicht. Hinaus ins Freie, rief es in mir, ich konnte in dem Hause nicht mehr Atem holen, es drückte mir die Brust zusammen, ich glaubte unterlegen zu müssen. In diesen Augenblick atmete ich draußen die kalte Novemberluft ein und rannte wilden Laufes, aber ohne mir dessen klar bewußt zu sein, durch die bekannten Straßen nach dem Hause des Doktors. Nicht vor demselben ließ ich gerade zwischen ein Paar Bäume hinein, und die Stimme meines Freundeins füllte den eben von seiner kleinen Tochter zurückgenommenen Raum mit: „Aber ins Teufels Namen, was treiben Sie denn? Ist das Delirium noch nicht verüber?“ Ich sauste auf, und als der Doktor auf diese Art in mein Gesicht sah, schrak er heftig zusammen und schrie mich, ohne ein Wort zu sprechen, ins Haus und in sein Zimmer; ich setzte mich auf einen Stuhl und starrete vor mich hin. Barbis warf seinen Hut, Nebrok, Handschuhe und Peitsche in einen Winkel, stellte sich vor mich hin und sagte: „Ich merk schon, hier ist manches in großer Unordnung; was ist vorgefallen?“ „Rufen geproschen!“ rief er dringend hinzu, da ich schwach gesprochen und wenn es etwas zuzerbrechlich geworden wäre, herausdann.“

reine für die Verwaltungsmitglieder, 50 000 Mf. als Beihilfe an die Nationalstiftung für die hinterbliebenen gefallenen Krieger, 365 299,75 Mf. als Gratifikationen für die Beamten und Arbeiter des Werkes. Besonders der lebensausgeführte Posten charakterisiert sich als eine beachtenswerte Neuerweiterung, da die Firma in früheren Jahren zu derartigen sozialen Aufwendungen in solcher Höhe nicht aufzuschwingen vermögte und man sich schlechtestens nicht des Gedankens zu erwehren vermugt, daß für diese möglichst arbeitsfähige sehr nüchternen Erwägungen maßgebend gewesen sind. In der Generalversammlung der „Erfhor“ besaß ein Aktionär von 110 000 die Richtigkeit an der Bilanz und dem Gewinnverteilungsplan der Verwaltung kräftig zu über. Die Angriffe dieses Aktionärs richteten sich besonders gegen die hohe Dotierung der Verwaltungsmitglieder aus dem Reingewinn und gegen den diese Dotierungen rechtfertigenden § 43 des Staats, dessen Änderung er beantragte. Um 53 Prozent würden, so schätzte der Aktionär aus, die 43 Aktionäre durch die Tantiemen an die wenigen Verwaltungsmitglieder, die diesen § 43 der Satzungen gewährleistet, geschädigt, eine ungemeinliche Sache, gegen die schon seit Jahren ohne Erfolg gekämpft werde, und welche die Bilanz mit der Vorlegung eines anderthalb Millionen-Reingewinnes als eine opische Täuschung erscheinen lasse. Die Mitglieder der Verwaltung hätten nach seiner Überzeugung nicht lediglich die Interessen der Gesellschaft vertreten, sondern vielmehr die eigenen Interessen vorangestellt. Es sei endlich an der Zeit, die hemmenden Bestimmungen des § 43 auszumerzen. Bei der „Continental“, die früher die gleichen Bestimmungen hatte, habe man das in ihrer heutigen himmelreichende Urzeit längst eingesehen und den Paragraphe aus eigenem Antriebe geändert. Wenn sich die Verwaltung herbeileite, in gleicher Weise vorzugehen, würde es nicht nötig sein, die Aktionäre „mit 26 Prozent Dividende abzuspeisen“, und man würde eine um 8 bis 10 Prozent höhere Dividende auszüthen können. Während im vorliegenden Falle Vorstand und Aussichtsrat fast 400 000 Mf. an Tantiemen erhalten, habe eine andere GuVminutenabrik beispielweise von ihrem 1 700 000 Mf. betragenden Reingewinn ihrer Verwaltung nur 40 000 Mf. zahlen brauchen. Auf der „Erfhor“ mügten 4000 Arbeiter ein volles Jahr arbeiten mit dem schlichtlichen Ergebnis, eigentlich nur für den Aussichtsrat geschafft zu haben.

Natürlich zeigte diese aufsichtliche Redo „am Regierungsstabe“ starken Widerstand, und der Vorsitzende des Aussichtsrates, Bantier S. Koch, und der Generaldirektor Sierolz führten ihr sturtes Gesicht auf. Leiserer warnte vor dem Antrage auf Erhöhung der Dividende unter Hinweis auf die durch die Daimler-Affäre bedeutsam gewordene Stimmung gegen die hohe Dividende. Mit der Forderung einer höheren Dividende bringe man nur die Gesellschaft in eine üble Situation, man sollte nur töte Geplänkel vermeiden und sich möglichst festheilen. Bantier Koch erinnerte an die früheren ungeratenen Jahre des Unternehmens, in denen die Verwaltung etwa 20 Jahre arbeitete, ohne nennenswert entlastigt zu werden. Natürlich blieb der Sieg den Hähnen der Verwaltung, die ihre Herrschaft mit großer Majorität zu behaupten wußte.

Eine Zeit nach Kriegsausbruch wurde eine Gattler-Rohstoff- und Berggenossenschaft für den Stadt- und Landkreis Aachen gegründet, die bis zum heutigen Tag munter floriert. Sie umfaßt zehn Handelsbetriebe und ordnet mit einem Geschäftskapital von 3000 Mf., zu dem 2000 Mf. Reserven am Schluß des ersten Geschäftsjahres hinzufüren. Maschinen und Inventar sind mit etwas mehr als 8000 Mf. bewertet, ein Beweis, daß man über die Betriebsweise der Friedenszeit nicht weit hinausgekommen ist. Der Wert der Waren wird, wie eine uns vorliegende Abrechnung ergibt, mit 45 000 Mf. angegeben. Wie die zehn Betriebsinhaber ihre eigene Arbeitstrakt bewertet haben, ist nicht erfassbar, erzielten über 45; die zehn Genossen haben mit je 300 Mf. Einlage in einem Jahr nicht weniger als 840 000 Mf. Reingewinn erzielt. Ihr Betriebskapital verdienten die Genossen somit im Jahre 280 mal, und man darf sagen, daß jeder Tag den zehn „Betriebsgenossen“ ihr eingezahltes Kapital zurückgebracht hat. Dabei hat die Herren nicht gerade splendide Lohnzahler, und es muß wiederholte energischen Zugreifens der gräßlichen Organisation der Arbeitnehmer bedürfen, um wenigstens die Bezahlung der vom Kriegsamt festgesetzten Lohnsätze zu erzwingen. Man sieht: auch die Kriegsgewinne in Silberuniform machen blühen und glänzen!

## „Interessenten“ an Longwy-Brief.

Herr Professor Spahn (Straßburg), Sohn des alten Zentralschülers und jetzigen preußischen Justizministers Peter Spahn, auf Wunsch des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Vereins deutscher Eisenhütten- und Metallwerke (Unternehmerverbund) ein „Gutachten“ über die strategisch-festungsgebundenen Gebiete Longwy und Brie-en-Charnie abgeschafft. Darin kommt der Geschichtsprofessor zu dem Resultat, aus militärischen, strategischen und wirtschaftlichen Gründen müßten Longwy und Brie-en-Charnie zum Deutschen Reich geplagt werden. Dieses „Gutachten“ ist auf alle Fälle weniger interessant als seine Bearbeitung.

Die französische Industrie zog in Friedenszeiten aus dem Département Longwy-Brie 40 Prozent ihres Eisenbedarfs. Das deutsche Volk, das in diesem Krieg soviel ungewante Opfer an Gut und Blut gebracht hat, erhält daraus ohne weiteres, welches Verdienstschwärmer die Forderung der Amerikaner dieses Drittens haben und welches Hindernis für einen dauernden Frieden eine Amputation dieses Gebietes darstellen würde. Der Teil des deutschen Volkes, der am Krieg nicht beteiligt, sondern der „Interessenten“ an Longwy-Brie, die sonst professionellen Erfolgen teilnehmen, lernen zu lernen.

Im Bezirk Brie zählten bis zum Kriegsausbruch nachgewisse deutsche Unternehmungen 1500 Beschäftigten, erholten oder waren zu jenen mit französischen und belgischen Gesellschaften verbunden. Häuser Eisenwerke, Schöniger-Hörde-Kauf, Deutscher Kaiser-Hagendorf, Deutscher Zweierberg, Gessner- und Friede, Rosching, Dillingen, Saar- und Dödellingen, Rombach, Saal-Dortmund, Südwellingen-St. Ingbert, St. Tum und andere weniger bekannte Firmen. Von guten Seiten der Verhältnisse wird der Anteil deutscher Kapitalien an den Eisengruben in Brie auf mindestens ein Fünftel des ganzen, 45 145 Sechstel umfassenden Kreises gesetzt. Diese kurze Bezählung beweist auch, daß es immer noch möglich war, bis jetzt im Laufe des Krieges“ ihren Erzbergen reichlich zu ergattern. Sein Erfolg wurde natürlich auch die Überzeugung der vor dem Kriege erarbeiteten privaten Rechte in Freiburg ausbedungen werden.

Die deutschen Konzessionen im Bezirk Brie fordern jedoch die notwendige Selbstverwaltung des Gebietes. Als Hauptvertreter der dies soeben präsentierten Gesellschaften und Betriebe kommen in Brie die Herren Alsdorff (Gesellschafter Friede, Deutscher Hütten u. d. dergl.), St. Ingbert (Deutsche Eisen-Schmiede, Deutscher Hütten u. d. dergl.), St. Ingbert (Deutsche Eisenwerke, Deutscher Hütten), Friede (Deutsche Eisenwerke, Deutscher Hütten), Thionville (Gesellschaft Deutscher Hütten, Deutscher Hütten), Saar- und Dödellingen, E. H. H. (Barbier, Deutscher Hütten), Phönix, St. Ingbert (Deutsche Eisenwerke, Deutscher Hütten), G. v. Langen (Deutsche Eisenwerke, Deutscher Hütten), Saar- und Dödellingen, und andere weniger bekannte Gesellschaften. Die gesamten Herren haben als Vertreter ihrer Firmen die Präsidenten des Eisenindustrieverbandes des Reiches zu Straßburg versammelt.

somit als die Beherrschter der deutschen Bergarbeits- und Hüttenindustrie anzusprechen. Damit erhofft sich aber ihre wirtschaftliche Macht längst nicht. Ihnen ist auch der ausschlaggebende Teil unserer Waffen- und Munitionsindustrie unterstellt. Die in der Sprengstoffindustrie vorangestrebten Vereinigten Höhne-Rottweiler Pulverfabriken nebst einer Reihe von Neben- und Tochterwerken werden dirigiert von den Herren L. Hagen (der Mann mit den meisten Aussichtskästen), L. Kauila, Ausschläger (Vertrauensmann des Internationalen Dynamittrust), Emil Kirdorf, v. Gontard, Lanigan, v. Guillame, Duttenhofer. Gag führt mit diesen größten deutschen Sprengstoffwerken sind die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken (Berlin). In der Leitung dieser großen Unternehmens sitzen u. a. die Herren v. Gontard, L. Hagen, Ausschläger, Kirdorf, v. Oppenheim, Fürst Henckel von Donnersmark, Vice-Admiral Saar (Aussichtsrat der Firma Krupp), Duttenhofer. Lassen wir nun unseren Blick schweifen zu den in jüngerster Zeit so „rühmlich“ vielgenannten Daimler-Motorenwerken, so finden wir in deren Leitung wieder die Herren v. Kaula, Duttenhofer und v. Gontard!

Bon dieser engen Verbindung unserer bedeutendsten Bergwerks- und Hüttengeellschaften mit der Waffen- und Munitionsindustrie ist sicherlich in den weitesten Kreisen nichts bekannt. Das nur ein paar Dutzend Großunternehmer tatsächlich schon den unbedingt ausschlaggebenden Bruchteil unserer gesamten Gruben- und Rüstungsindustrie beherrschten, ist das Ergebnis einer nur relativ kurzen Periode unserer kleinen großkapitalistischen Entwicklung. Durch die ungeheure Kriegsgewinne, die den Großunternehmern in allen Städten der Produktion, von der Roßgeminung bis zur feurigen Festigungsfabrikation, zusätzlichen, ist die Macht dieser Bank-, Industrie- und Handelsmagnaten noch unvergleichlich gewachsen. Im selben Maße ungefähr, in dem die Reichsstrategie sich angehoben haben will. Diese großkapitalistischen Magnaten, natürlich alles Tyrannen und Bataillonsparteier, lassen nun die Öffentlichkeit mit ungezählten Druckschriften bearbeiten, bestellen sich professionale „Gutachten“ für die Notwendigkeit“ der Annexionspolitik, und üben einen unabsehbaren Einfluß auf die Reichsregierung aus!

## Aus der Partei.

Ernting zur Krise in der norwegischen Sozialdemokratie. Ernting hat an den infolge des Sieges der Balkenfriesregierung auf dem norwegischen Parteitag zurückgetretenen Chefredakteur des Christianer „Sozialdemokraten“. Widnes, folgendes Telegramm gesandt: „Beachtungsvolle Dir und alle unsere alten geprüften Freunde und Gesamtkameraden zur energischen und klarwolligen Haltung gegen eine siegende Minderheit in der norwegischen Sozialdemokratie. Jeder Polizeimäzen triumphiert selbst den Feinden in sich, kann nur zerstören, aber nichts für die Zukunft aufzubauen, die unsre gemeinsame Haltung rechtfertigen und die unlosbare Verbindung zwischen Sozialismus und Demokratie wieder herstellen wird.“

## Gewerkschaftsbewegung.

Aus der internationalen Metallarbeiterbewegung. Eine außerordentlich erfolgreiche Entwicklung haben eine Reihe Metallarbeiterorganisationen in den verschiedensten Ländern im vergangenen Jahre genommen. Von der deutschen Metallarbeiterorganisation ist bekannt, daß sie ihre Mitgliedszahl von 233 107 am Anfang 1915 auf rund 400 000 im Februar 1918 gebracht hat. Die zum Heeresdienst eingezogenen sind hierbei nicht mitgezählt. Auch in Österreich-Ungarn hat der Organisationsgrad geradezu glänzende Ergebnisse gezeigt. Im ungarnischen Verband wurden Anfang 1917 20 963, am Schluß des Jahres 20 934 Mitglieder gezählt. Der österreichische Metallarbeiterverband in derselben Zeit von 29 621 auf 121 942 Mitglieder. Das erfreuliche dabei ist, daß diese Erfolge in Ländern erzielt werden konnten, in denen die Arbeiterschaft, wie in Österreich, jahrelang unter den Folgen nationalsozialistischer Zwieträger und Unterwerfung zu leiden hatte, oder, wie in Ungarn, wo die Arbeiterschaft sich mit Recht über jüngst geplante wirtschaftliche, politische und soziale Verhältnisse zu beschlagen hatte. Nicht ganz so groß, aber nicht weniger überragend gegen frühere Fortschritte ist das, was in dieser Beziehung von einer Reihe Metallarbeiterorganisationen anderer Länder in letzter Zeit erreicht werden konnte. So ließ die Mitgliedszahl des norwegischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes von 14 092 Mitgliedern im Jahre 1914 auf rund 200 000 im Jahre 1917. Der Schwedische Metall- und Industriearbeiterverband zählte seine Mitgliedszahl von 39 581 am 1. Januar 1915 auf 60 677 Ende 1917 erhöhen. Deutlich ist die Entwicklung des schwedischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes. Nach der Verschmelzung beider Verbände (Metall- und Uhrenarbeiter) zählte der vereinte Verband am 1. Januar 1916 21 321 am Jahresende 1916 bereits 35 781 Ende 1917: 62 826 Mitglieder. Der Allgemeine Niedersächsische Metallarbeiterverband zählte Ende 1917 rund 15 000 Mitglieder gegen 6000 zu Beginn des Weltkrieges. Von der Bewegung in Großbritannien, wo ebenfalls eine große Zersplitterung bestand, ist nur soviel bekannt, daß die Zahl aller organisierten Metallarbeiter in der Zeit von 1914 auf 1915 von 577 741 auf 633 502 Mitglieder stieg. So hat sowohl in den neutralen wie in den am Kriege beteiligten Ländern der Organisationsgedanke und die praktische Willensbildung im Kampfe um eine gesetzliche Erfolgs unter den Metallarbeitern große Erfolge erzielt.

## Kommunales.

Eine Beihilfennahme leerstehender Wohnungen. Die große Wohnungsnot in Baden-Baden gab dem Oberbürgermeister Kloßmann Veranlassung, die Errichtung zur Beihilfennahme leerstehender Wohnungen zu erwirken. Angehörige zahlreicher Mietergemeinschaften und Gündigungen hat der Bürgerverein in der Gespräche eine Erklärung erlassen, in der es u. a. heißt: „Anlaßlich der am 1. April 1918 in das Werk geleisteten Kündigungen geben wir den dringenden Ruf, sofort das Mietvertragsamt einzurufen und neue Mietverträge, deren Inhalt mit den Gegebenen in Übereinstimmung steht, nicht zu vollziehen. Vergessene Mietverträge und Verhältnisse werden wir rücksichtslos verfolgen.“

## Soziales.

Zur Errichtung der Möbelbank. Die Handelskammer für das Fürstentum Neapel i. Q. und das Herzogtum Sachsen-Altenburg haben beschlossen, der bestehenden Möbelnot durch ein gemeinsames Unternehmen zu begegnen. Zu diesem Zweck ist ein Tischlerlieferungsverband auf geschäftsmäßiger Grundlage ins Leben gerufen worden, der mit Unterstützung des Staates, der Gemeinden und Dorfschaften die Möbel zu beschaffen will. Die meisten Tischler der beiden Staaten, die der Handelskammer als Mitglieder angehören, sind dem Verband beigetreten, der keine Tischler mehr annehmen will. Die Dorfschaften müssen das gemeinsame Unternehmen durch Spende von Holz, die zu diesem Zweck benötigt werden, aufrecht erhalten.

## Aus Nah und Fern.

Große Fleischodiebstahl. Bei der Aufnahme des im Schlachthaus der Wissinger Aktiengesellschaft in der Saarbrücker Straße 3 in Berlin befindlichen Fleischbestandes wurde wiederholts festgestellt, daß große Mengen Fleisch auf rüdelhafte Weise verschwunden waren. Der Verdacht lenkte sich schließlich auf den Küchenchef Godor, der in den frühen Morgenstunden das zugestellte Fleisch im Schlachthaus ablieferete, ohne daß er jedoch des Diebstahls überführt werden konnte. Die Firma verlangte deshalb die Zuführung der Tageszeit, und nun hörten die Diebstähle plötzlich auf. Vor einigen Nächten aber vernahm der Wissinger Betriebsgrundstück wohnender Lagerist verdächtiges Geräusch, und er entdeckte, wie auf dem Hof ein Fuhrwerk von dem im Schlachthaus angestellten Schlachtergesellen Fritz Blech überführt werden sollte. Die Firma verlangte deshalb die Zuführung der Tageszeit, und nun hörten die Diebstähle wieder auf. Der Küchenchef Godor, der in den frühen Morgenstunden das zugestellte Fleisch ablieferete, ohne daß er jedoch des Diebstahls überführt werden konnte. Die Firma verlangte deshalb die Zuführung der Tageszeit, und nun hörten die Diebstähle wieder auf.

Verhaftung eines Frachtmüllers. Ein gefährlicher Betrüger, dem es gelungen ist, auf Grund gefälschter Frachtkonten in kurzer Zeit 246 000 Mark zu erbeuten, ist nun endlich verhaftet worden. Vor einigen Tagen mietete unter dem Namen Dr. Otto ein Kaufmann Heinrich Tonger aus Köln am Rhein in Trierheim ein möbliertes Zimmer, um dort seine Post in Empfang nehmen zu können. Er betrieb einen ausgedehnten Schwund, indem er keine Weinstein- und Zitronensaure zum Verkauf anbot und dafür sauer und kohlensaurer Kalk lieferte. Bei diesen Beträgeren half ihm seine Geliebte, die er als seine Frau ausgab, ein Kaufmann Johann Zschler aus Wiesbaden und dessen Mutter, die Witwe Agnes Zschler aus Castel bei Mainz. Frau Zschler und ihr Sohn, die ebenso wie die angebliche Gattin die Aufgabe hatten, auf die gefälschten Frachtkonten das Geld auf den Banken in Empfang zu nehmen, wurden vor 14 Tagen verhaftet. Tonger langte es damals, sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Zu der Wohnung einer Kingschauspielerin in Wilmersdorf wurde Tonger in einem verschlossenen Kleiderschrank versteckt aufgefunden. Er legte ein volles Geständnis ab. Nur von dem Verdacht des ehemaligen Geldes wollte er erst nichts wissen. Endlich gab er an, daß sich 150 000 Mf. in Düsseldorf befanden. Diese konnten für die Beträgerin bereitgestellt werden. Ein erhebliches Teil der Beute hat der Verhaftete an Expresser abgeben müssen. Diese nahmen ihm, nachdem sie erschlagen hatten, daß er von der Polizei gefangen wurde, Beträge in der Höhe von 5000 bis 10 000 Mf. und Drohungen mit der Kriminalpolizei ab. Um nicht mehr zu verlieren, stieß er sich selbst, so oft er ausging, nur noch 2000 Mf.

Raubmord in Eberswalde. Im Biesenthaler Forst bei Eberswalde wurde die Leiche eines Mannes aufgefunden, die mehrere Schußwunden aufwies. Aus der Art dieser Schußwunden ist zu entnehmen, daß der Mann hinterrücks getötet worden ist.

Es lebe der Bürokratismus! Dem „Berl. Tagebl.“ wird geschrieben: „Ich wollte vor einigen Tagen eine Adresse erfragen und fand zu diesem Zwecke beim Einwohnermeldeamt in Schöneberg 50 Pfennige in einer 10-Pfennig-Münze ent. Statt der gewünschten Auskunft wurde mir mein Brief zurückgesandt. Dem Schreiben lag ein roter Zettel bei, auf dem folgender Gedruckt stand: „Vom 1. Juni 1919 ab beträgt die Auskunftsgebühr für jede Wohnungstragsatz 50 Pfennige in 5 Zehnpfennigmünzen zu entrichten sind. Königliches Polizeipräsidium zu Schöneberg-Wilmersdorf.“ Ich war bisher der Meinung, daß 40 und 10 ebenso gut 50 ist wie 5 mal 10. Durch das königliche Polizeipräsidium zu Schöneberg-Wilmersdorf bin ich über eines anderen belehrt worden.“ — Wir haben versucht, so bemerkte hierzu das genannte Blatt, vom Polizeipräsidium zu Schöneberg zu erfahren, warum bei ihm nur 10-Pfennig-Münzen Zahlungswert haben. Doch wurde uns erwidert, daß nur Bevölkerung auskunft erhalten zu können. Warum die Ursache dieses vormärzlichen Japses den gewöhnlichen Staatsbürgern, die nicht „Bürokrade“ sind, verborgen bleiben soll, bleibt somit ebenso Geheimnis des königlichen Polizeipräsidiums zu Schöneberg-Wilmersdorf, wie der Umstand, daß bei ihm nicht 40 und 10 gleich 5 ist.

Die Zudernation einer ganzen Gemeinde verschwunden. Große Erregung herrschte in der Gemeinde Bergkholz-Kehl in der Mark. Seit Februar sind dort die Einwohner wohl im Bezirk von Zuidernarden, ohne jedoch den Zucker erhalten zu können. In besonders großer Schwierigkeit gerieten Böhmerwald und die Oberförsterei des Kriegsblindenheims in Rehbrücke. Säuglinge ertranken in der Gemeinde und die Oberschwestern waren mehrere Mitglieder der Gemeinde zum Landrat nach Böhlitz, um dort ihre Beschwerde vorzubringen. Groß war aber ihr Erstaunen, als ihnen aus den Büchern nachgewiesen wurde, daß der Gemeinde der Zucker bereits für den Monat Februar, März und April zugefunden worden ist. Das Landratsamt läßt jetzt durch seine Beamten nachzuforschen, wo der verschwundene Zucker geblieben ist.

Dampferzusammenstoß auf der Donau. Infolge eines Zusammenstoßes auf der Donau in der Nähe von Los werden, wie das Ungarische Korrespondenz-Bureau aus Budapest meldet, nach den bisherigen Meldungen 20 Passagiere des Dampfers „Drina“, der 360 Reisende an Bord hatte, vermisst, 14 sind verlegt.

## Herr v. Behr auf Pinnow.

Kammerherr v. Behr-Pinnow hat von Kriegsfrauen Säcke nähern lassen und zahlte dafür den Frauen 42 Pfennig für das Säcken, während er selbst vom der Heeresverwaltung 80 Pfennig erhielt. Auf diese Weise erzielte er einen Zwischen gewinn von etwa 4½ Millionen Mark.

Herr von Behr auf Pinnow näht keinen Sack. Er schwört geschworen im Kammerherrnstand, hat schwärzliche Augen und blaues Blut, und alles ist vornehm, was er tut.

Wer Anträge hat fürs Militär, dem fällt es in dieser Zeit nicht schwer, und schwört ihm gar noch ein Kammerherrnstand, so hat er den Antrag schnell im Sack.

Die Frauen nähen sich die Augen wund um bare vier Groschen in der Stunde. Vier Groschen kostet auch der Kammerherr ein und geht späteren im Sonnenchein.

Herr von Behr auf Pinnow näht keinen Sack. Er schwört und tanzt im Kammerherrnstand. Ihm will der Segen auch so in die Hand mit Gott für König und Vaterland.

Gids.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Ch. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.